

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 80 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. - Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13088

Anzerate kosten die halbpaltene Veltzettel oder deren Raum 80 Pfg., bei Plagvorkauf 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif - Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.- Mk. jedes Tausend bei Zellaufgabe 5.- Mk. - Schluß der Annahme von Anzeraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher 4506 • Anzeraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

Die skandinavischen Regierungen gegen die Seesperre.

Die englische Regierung nimmt die Kohlenbergwerke in Besitz.

Jahrestage des Weltkriegs.

16. Februar 1916. Bei Durazzo ein französischer Dampfer torpediert. - Exzerum wird von den Türken vor den Russen geräumt. - Zepellindebatte im englischen Unterhaus.

Die neuesten Meldungen.

Spanische Reeder wollen ihre Schiffe verkaufen.

Madrid, 15. Februar. Funkpruch vom Vertreter des Wiener K. und K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau. Nach dem Blatte ABC haben die Reeder von Bilbao mit den Engländern wegen des Verkaufs von Schiffen in Verhandlung. Es handelt sich um Schiffe von weniger als 2000 Tonnen, was die Hälfte der den Reeder in Bilbao gehörenden Flotte ausmacht; während die größeren Schiffe für den Transport im Auslandsverkehr verwendet werden sollen. Da der Schiffsverkehr gegenwärtig verboten ist und die Bewilligung von der Regierung abhängt, hat sich eine Abordnung der genannten Reeder nach Madrid begeben, um hierüber zu verhandeln.

Die Lebensmittelmangeln in England.

Rotterdam, 15. Februar. Der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London: In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sprachen sich mehrere Abgeordnete für strengere Maßnahmen gegen die Produktion und die Einfuhr geistlicher Getränke aus, um Schiffbrüche zu sparen und mehr Weizen einführen zu können. Der Staatssekretär des Innern Sir George Cave versprach, alle zur Sicherung der Lebensmittelversorgung notwendigen Einschränkungen vorzunehmen. Er sagte, daß die Verzehrerzeugung gegenüber der des Jahres 1915 um 40 Prozent, gegenüber 1916 um 30 Prozent herabgesetzt werden soll. Die neuen einschränkenden Bestimmungen werden am 1. April in Kraft treten.

Die Tauchbootdebatte im englischen Oberhaus.

Kopenhagen, 16. Februar. In der Tauchbootdebatte am Dienstag im englischen Oberhaus machte der händliche Mitarbeiter für die äußere Politik, Besthorn, über Englands Aussichten für die Bekämpfung der Tauchboote keine besonders glänzende Prognose. (Frankfurter Zeitung.)

Amerika und Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Februar. Der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung ist ermächtigt zu erklären, daß die Anregung zu neuen Verhandlungen mit Amerika nicht von deutscher Seite, geschweige denn von der deutschen Regierung ausgegangen sei. Im Gegenteil hat die deutsche Regierung auf eine Anfrage von neutraler Seite, ob sie zu weiteren Verhandlungen bereit sei, erklärt, daß sie sich in der Seesperre gegen Frankreich und England in keiner Weise lösen lasse, oder gar sie ändern könne. Im übrigen habe sie selbstverständlich keinen Grund, Verhandlungen aus dem Wege zu räumen. (Frankfurter Zeitung.)

Explosion in Munitionsfabriken.

Paris, 15. Februar. (Agence Havas.) Bei einem Brande, dem drei Explosionen folgten, wurde die Pulverfabrik in Neuville sur Saone zerstört. Vier Personen wurden getötet, drei werden vermisst. Eine wurde tot aufgefunden. 52 Verletzte, darunter 40 Leichtverletzte.

London, 15. Februar. Nach einer amtlichen Meldung brach gestern in einer Munitionsfabrik in Dorsetshire Feuer aus. Der Schaden soll gering sein. Zwei Arbeiter seien getötet worden.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 15. Februar befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die Neuorientierung.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns vom Donnerstag geschrieben:

Hat es wirklich einmal eine Zeit gegeben, in der so etwas wie Gesellschaftsklassen existierten, Klassen mit verschiedenen, miteinander kollidierenden Interessen? Und existierte wirklich einmal eine Partei, deren politische Grundtheorie darin bestand, daß die geschichtliche Entwicklung sich gerade durch den politischen Ausdruck dieser Klassengegensätze vollziehe, solange, bis durch Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die sozialen Gegensätze selbst aufgehoben wurden? Und bestand demgemäß die politische Praxis dieser Partei nicht darin, die Aufgabe der sozialen Gegensätze dem Bewußtsein der Volksmassen so scharf als möglich einzuprägen, damit aus dieser politischen Einsicht die Aktionskraft des sozialistischen Proletariats erwachse? Was es wirklich einmal etwas beartete?

Vor zweieinhalb Jahren hätte man jemandem, der eine solche Frage aufgeworfen, mitleidig eine Kaltwasserkur angeraten - heute drängt sie sich auf Schritt und Tritt auf. So jetzt wieder bei der Rede, die der Mehrheitsredner der Sozialdemokratie, Reinert, am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus in der Debatte über das preussische Innenministerium gehalten hat. Denn Reinert sprach so, als habe niemals ein Marx gelebt, niemals ein Erfurter Programm bestanden, als beständen Staat und Gesellschaft im wesentlichen aus einer gleichartigen Masse, als gäbe es zwar noch eine Handvoll verstockter Reaktionen, aber demgegenüber auch eine über den Klassen schwebende Regierung, von der, bei einigem guten Zureden und sanftem Drängen, eine wahrhaft demokratische Umgestaltung des Staatslebens zu erwarten sei. Ja, während sich die sozialdemokratische „Mehrheit“ bisher nur den Ruf erworben hatte, „Reichmannsoffiziers“ zu sein, erklärte Reinert am Donnerstag sogar den preussischen Minister des Innern, Herrn v. Loebell, für den vertrauenswerten Reformgeschichten Reichmanns und den Birgen der Neuorientierung! Herr v. Loebell machte bei diesen überraschenden Komplimenten ein höchst sonderbares Gesicht, mag ihm doch wieder das Wort auf der Zunge gelegen haben, mit dem er einst Herrn Pagnieses Wahlrechtsillusionen abtrampfte: „Aber Herr Abgeordneter, womit habe ich das verdient!“

Daß Herr Loebell diesmal so spöttisch antwortete, war freilich überflüssig, denn über Wesen und Inhalt der von ihm zu erwartenden Neuorientierung hatte er sich ja tags zuvor deutlich genug ausgesprochen. Darüber, daß er auch nicht im entferntesten an eine demokratische Wahlreform denkt, hatte er keinen Zweifel gelassen. Welcher Reformen man sich von ihm zu versehen hat, hatte er schon dadurch gekennzeichnet, daß er den Geist des bisherigen Preussens als den Geist der Freiheit verherrlicht hatte.

Es war keineswegs ein falscher Jungenschlag oder eine ungewollte Entgleisung, sondern der Ausfluß der ganzen Reinertischen Auffassungsweise, für die unüberbrückbare soziale Gegensätze nur bis zum Ausbruch des Krieges existierten. Bis dahin auch nur gab es einen „preussischen Volkseinstaat“. Der Krieg hat die große Einheit, das Sichverstehenlernen, das „Dinjulernen“ gebracht, und diese Einheit kann und soll dem Volke nicht wieder verloren gehen. Man soll dem Proletariat nur einen bescheidenen Anteil an der Verwaltung einräumen, dann wird es auch, wie Reinert beteuerte, „Verantwortungsgesüht“ entwickeln. Was darunter zu verstehen ist, hat ja die Kriegspolitik der „Mehrheit“ und ihre Preisgabe jeder selbständigen sozialistischen Politik bewiesen.

Nachdem Reinert so auch für die Zukunft den Verzicht auf jede Betätigung grundsätzlicher sozialistischer Politik proklamiert hatte, konnte er sich dann schon einige vollstimmliche derbe Krastprüfungen leisten, ohne daß das Dreiklassenhaus ihm das besonders trumm genommen hätte. Ja, als Reinert pathetisch versicherte, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf das preussische Abgeordnetenhaus das mindeste sei, was er von der preussischen Wahlreform erwarte, brach die Rechte und Mitte des Hauses in eine höchst gemüthliche Heiterkeit aus. Man kann ja nach den Erfahrungen des Krieges seine Leute und weiß, was sich unter dem Obwensell versteht. Man nahm deshalb diese Forderung so wenig tragisch, wie die gelegentlichen Siege gegen Kriegswucherer, die Ausfälle gegen die Ge-

findordnung, das Herrenhaus und dergleichen mehr. Alles in allem erregte die Rede Reinerts so wenig das Mißfallen selbst der extremsten Gegner der Sozialdemokratie, daß ausgerechnet der Freiherr Oktavio von Jedlich Reinert durch Händedruck zu seiner „brillanten“ Rede gratulierte! Man sagt sich eben auf der Rechten, daß die paar polemischen Schärpen dazu gehören, wenn man die Massen mit Hilfe gewisser Führer „bei der Stange halten“ will. Die Debatte wird erst am Freitag ihr Ende finden.

Vorwärts-Redakteure gegen Parteivorstand und Fischer.

Berlin, 14. Februar.

Seute stand vor der III. Kammer I des hiesigen Landgerichts die Verhandlung in der Angelegenheit der Vorwärts-Redakteure, Genossen Däumig, Kohn, Leib, Stadthagen, Strödel und Willepp, erhoben haben. Die Angeklagten richteten sich gegen die offene Handelsgesellschaft „Vorwärts“, Paul Singer u. Co., denen dessen Direktorien Genossen Richard Lischer und deren die Parteivorstandsmitglieder Genossen Bartels, Braun, Gert, Gerisch, Müller, Mollenhuth, Pfannkuch, Scheidemann, Weiss, Wengels und Sieh.

Das Klagebegehren geht dahin, die im November 1916 durch Fischer erklärte „Entlassung“ der Kläger als Redakteure für rechtsunwirksam zu erklären, das Gehalt zu zahlen, jede Störung der Tätigkeit der Redakteure bei Vermeidung einer strafrechtlichen Strafe zu unterlassen, insbesondere den einseitig von den Beklagten eingeleiteten „Redakteuren“ keinen Einfluß auf den Vorwärts zu gestatten, sich jedes Eingriffs in die Tätigkeit der Kläger zu enthalten und den Vorwärts so zu drücken, wie die Kläger es anordnen.

Zur Begründung der Klage ist von dem Anwalt der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Borowich auf § 25 des Parteistatuts Bezug genommen, nach dem schließlich durch gemeinschaftlichen Beschluß der Preßkommission und des Parteivorstandes Redakteure angestellt oder entlassen werden können. Der offenen Handelsgesellschaft liehe ebenso wie Fischer auf die redaktionelle Gestaltung des Vorwärts, auf die Anstellung, Entlassung und Tätigkeits der Redakteure keinerlei Einfluß zu. Die Gesellschaft sei nicht Eigentum ihrer nominalen Anhänger, sondern Eigentum der Berliner Genossen. Die Gesellschaft ist als Treuhänder (Treuhand) der nicht rechtsfähigen wirklichen Eigentümer errichtet. Der Gesellschaftsvertrag ergab, daß die nominalen Anhänger nur Scheineigentümer sind, die nie einen Pfennig zum Gesellschaftsvermögen beigetragen haben, noch ein Recht auf einen Pfennig Gesellschaftsvermögen haben. Zur Überwachung der Einhaltung der Verpflichtungen sei eine Reuekommission einzusetzen, die aus je einem Vertreter der Berliner acht Wahlkreise und einem Vertreter der Genossenschaftskommission bestehen. Diese Vertreter haben auf Abbruch ihrer Wahlkreise zurückzutreten. Die offene Handelsgesellschaft habe nur die Verwaltung, den Vorwärts zu drucken und die gemeinsamen Beschlüsse der Preßkommission und des Vorstandes auszuführen, insbesondere auch die Gehälter zu zahlen. Aus den Gewinnen der Druckerei sei das Kapital für die Lindenhausdruckerei-Gesellschaft geschöpft. Auch diese sei nur Treuhänderin der Berliner Genossen, die Grundstücke gehören ihnen. Rechtslich formell treten die beiden Gesellschaften als Verleger der Genossen auf, um den formalrechtlichen Vorschriften zu entsprechen. Die Beklagten hätten ihre formalrechtliche Stellung in einer strafbaren, jedenfalls unerlaubten Weise gegen Frau und Gläubiger ausgenutzt, um den wahren Eigentümern ihr Eigentum zu nehmen und die Kläger zu schädigen. Unter Ausnutzung des Rechtsanspruchs hätten sie die Berliner Genossen und die Kläger vorläufig und unberechtigtermaßen in ihren Rechten verletzt. Sie hätten durch Täuschung des Oberkommandos über die wahren Machtverhältnisse und die tatsächlichen Verhältnisse den Vorwärts dem Parteivorstand in die Hände gespielt, nachdem der Parteivorstand durch seine Bekanntmachungen wiederholt ein Verbot des Vorwärts, die Preuentzantur über den Vorwärts und andere Maßnahmen der Reuekommission gegen den Vorwärts herbeizuführen hatte. Sie hätten aus dem Vorwärts ein charakterloses Ventil gemacht. Die Anträge seien nach den Statuten des Organisationsstatuts der Partei, den Statuten der Berliner Parteikommissionen, den Verträgen der Kläger, den von der Handelsrechtlich übernommenen Reuekommissionen und auf Grund der Tatsachen gerechtfertigt. Die Beklagten hätten unberechtigtermaßen, arabisch und vorläufig die Rechte der Kläger und Frau und Gläubiger verletzt. Alle Beschlüsse der Klage sind unter Beweis gestellt, auch dem Beklagten Fischer der Eid darüber geschworen, daß er erklärt hat: er wisse, daß er im Unrecht sei, aber in solchen Fällen gehe Macht vor Recht.

Von den Beklagten anerkannt die Genossen Wengels und Sieh den Klageanspruch in vollem Umfang, Wengels mit dem

Angestrichen, daß die Verhandlungen über das Recht der Berliner an der Gesellschaft Paul Singer u. Co. von ihm mit Singer geführt sind und daß die damals getroffenen Vereinbarungen dem Klageantrag entsprechen.

Die übrigen Beklagten waren durch Rechtsanwalt Dr. Heine mann vertreten. Sie beantragten Abweisung und weichen ein: die Verträge mit der Gesellschaft und ihre Entziehung seien ein ungesetzliches Verhältnis, auf das Klager sich nicht stützen könnten. Nach dem hin sei eben die Handelsgesellschaft Verlegerin. Als solche habe das Recht, Redakteure zu entlassen, auch wenn kein Grund vorliege. Sie sei dann zur Gehaltszahlung bis zum 1. April verpflichtet. Sie habe sich auch zu dieser Zahlung bereit erklärt. Hierbei gestand sie die Sprache und muß von den Beklagten ausgegeben werden, daß sie trotz ihrer öffentlichen und in dem Schreiben an Klager gegebenen Zusicherung, Gehalt bis 1. April zu zahlen, seit dem 1. Februar die Zahlungen eingestellt haben. Sie motivieren das damit: jetzt sei Klage erhoben und da wollten sie es auf die Entscheidung ankommen lassen. Die Klager seien mit Recht entlassen, weil sie den Beschluß der Großberliner Generalversammlung gebilligt und gesichert hätten, solange kein Abkommen zu schaffen, bis die Gewaltmaßnahmen der Beklagten aufgehoben und aus dem jetzt charakteristischen Vorwärts der alte Vorwärts gemacht sei. Eine Preßkommission existiere nicht, wenigstens entsprechende sie nicht den Statuten. Die Klager hätten sich übrigens „außerhalb der Partei gestellt“ oder seien vom Vorstand „außerhalb der Partei gestellt“ worden. Die Mitglieder des Parteivorstandes könnten nach § 17 des Statuts überhaupt nicht verklagt werden. Verträge bänden ihn danach nicht, er sei vielmehr immun. Am übrigen schweben die Beklagten die

parteiliche Punkte:

Die Differenzen zwischen ihnen und den Klägern lägen darin, daß die Klager die Kriegskredite abschneiden, also „Deutschland wehrlos seinen Feinden ausliefern“ wollten. Diese Punkte erhielt durch die Klager böse Pöcher. Sie erwiderten nämlich unter Beweisdruck, daß sämtliche Beklagte bis zum Kriegsausbruch die Behauptung als eine Verleumdung bezichtigt hatten, daß aus der Ablehnung von Kriegskrediten gefolgert werden dürfe, Deutschland solle wehrlos seinen Feinden ausgeliefert werden. Keiner der Klager stehe auf diesem Standpunkt. Sie vertreten die Ansicht, die Ausübung der Militärpflicht sei eine staatsbürgerliche Pflicht, die Bewilligung der Kredite sei ein politischer Akt, durch den die Kriegspolitik der Regierung politisch unterstützt würde. Welche Politik die richtige sei, ist nicht Sache des Gerichts zu entscheiden. Es sei nun aber doch erforderlich, über die Politik der Beklagten folgendes unter Beweis zu stellen, um ihre Anschuldigungen in das rechte Licht zu stellen:

1. Der Beklagte Fischer habe noch am 30. Juli 1914 im Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion erklärt, seine sozialistische Heberzeugung gestatte ihm nicht, die Kriegskredite zu bewilligen.

2. Die Redaktion des Klägers habe mit Zustimmung sämtlicher Redakteure und unter Billigung der Preßkommission den Beschluß gefaßt, keinen ihrer militärpflichtigen Mitglieder zu reklamieren. Der Beklagte Fischer habe aber hinter dem Rücken der Redaktion und der Preßkommission den Redakteur des Vorwärts Döcker, der für Kreditbewilligung eintrat, reklamiert, wiewohl die Kläger die Arbeiter aller militärpflichtigen Redakteure des Vorwärts, die die politische Ansicht des Klägers teilten, stehen im Feld.

3. Der Beklagte Ebert hat im Jahre 1911 den Versuch unternommen, die militärpflichtigen Mitglieder des Parteivorstandes Partels, Braun, Ebert, Müller, Wels durch Haase zu reklamieren. „Das habe Haase abgelehnt. Aus Feld gerückt ist keiner der jetzt die patriotische Pause schlagenden Parteivorstandsmitglieder.“

Ein „Außerhalb-der-Partei-Stellen“ gebe es ohne ein Schiedsgerichtsverfahren nicht. Die Klager seien nach wie vor Mitglieder der Partei. Das Magdeburger Parteitagprotokoll ergebe die Hinsichtlichkeit der Ansicht der Beklagten. Hier erklärt Heine mann, wenn auf das Parteitagprotokoll von Magdeburg im Jahre 1910 Bezug genommen werde, müsse er — Vertagung verlangen. Der klägerische Anwalt repliziert, um einer Verhütung entgegenzutreten, er ziehe seine Bezugnahme auf das Protokoll zurück. Es sei ja die damalige Erklärung Nebels und des Vorstandes notorisch, auch ergebe das Organisationsstatut, daß ein „Außerhalb-der-Partei-Stellen“ ohne Schiedsgerichtsverfahren unzulässig sei. Hätte der § 17 die Bedeutung, daß der Vorstand entgegen einem Vertrag nicht verklagt werden könne, so sei er als Verstoß gegen die guten Sitten null und nichtig. Diese Bedeutung habe er nicht, sondern, wie Auer 1900 in Mainz dargestellt habe, um den Behörden einen Eingriff in Schriftstücke usw. der Partei und dadurch Klagen, Aufforderungen usw. unmöglich zu machen oder doch zu erschweren. Die Preßkommission bestimme völlig ordnungsmäßig. Wiber das Recht des Parteistatus seien die von Beklagten seit ins Leben gerufenen Sonderorganisationen der Zweck, die Meinungsfreiheit in der Partei aufzuheben und an Stelle der Partei den heutigen Vorstand und die Anhänger der Fraktionsmehrheit zu setzen, keineswegs mit der Mehrheit der Partei identisch. Der Einwand, es handle sich bei der Treuhandschaft um „innere Verhältnisse“, sei ebenso hinfällig, als wenn der von einem Beamten auf Forderung verklaute Fiskus erlösere würde, er habe ihn ja nicht angestellt und delegieren.

Das Gericht beschloß:

einen Termin zur Verkündung eines Beweisbeschlusses oder einer Entscheidung in etwa 4 Wochen anzuberaumen.

Vom Tage.

Durch die Presse geht die Mitteilung, daß dem in der nächsten Zeit wieder zusammentretenden Reichstag eine neue Kreditvorlage in Höhe von 15 Milliarden anzuheben werde. Bisher wurden an Kriegskrediten bewilligt:

1914 August	5 Milliarden Mark
1914 Dezember	5 „
1915 März	10 „
1915 August	10 „
1915 Dezember	10 „
1916 Juni	12 „
1916 Oktober	12 „

Zusammen: 64 Milliarden Mark

Mit den neu angeforderten Krediten, über deren Höhe, nach dem Berliner Tageblatt, allerdings noch keine endgültige Entscheidung getroffen sei, würden jetzt fast 80 Milliarden erreicht sein.

Zu gleicher Zeit werden auch einige Mitteilungen über die neuen Steuern gemacht. Man erkennt wieder die bei solchen Gelegenheiten übliche Methode, durch Notizen und Betrachtungen ungewissen Ursprungs die Öffentlichkeit vorzubereiten; Uebertreibungen in der Presse kann dann leicht mit dem Hinweis auf das Maßvolle der wirklichen Forderungen begegnet werden. Von der Verkehrssteuer heißt es jetzt, daß die Einzelstaaten einen bestimmten Teil ihrer Einnahmen aus den Eisenbahnen, etwa zehn Prozent, an das Reich abzuführen sollen, und daß es dann ihnen überlassen bleibt, für den Anfall durch Tarifveränderungen sich Ersatz zu suchen. Außer einer Förderabgabe für Kohle soll eine Beibehaltung der Kriegsgewinnsteuer geplant sein, die vorüberwiegend während der Dauer des Krieges in einem bestimmten Ausmaß alljährlich weiter erhoben werden sollte.

Ob diese Pläne in allen Einzelheiten so verwirklicht werden sollen, ist ungewiß; die Hauptsache bleibt, daß eine neue Belastung des Konsums und des Verkehrs beabsichtigt ist und daß daran wiederum die minderbemittelten Volksschichten am schwersten zu tragen haben werden. Die sozialdemokratische Presse hatte es früher für ihre Pflicht gehalten, bei Zeiten gegen solche Pläne zu protestieren. Heute ist das anders geworden; so schreibt die Chemnitzer Volksstimme:

Sobald wir Gewißheit haben, daß dies wirklich die Pläne der Reichsregierung sind, werden wir nicht verfehlen, dagegen Stellung zu nehmen.

Nun bleibt dem Blatte nur noch übrig, den Chemnitzer Arbeitern an Stelle von politischen Artiteln einen Bericht über die Bereitung von Schlafpulver vorzusetzen; dann wird auch die Regierung „nicht verfehlen“, das ihrige von der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu denken.

Ueber Artweege unserer Ernährungspolitik hat Professor Elybacher im Tag einige Artikel veröffentlicht. Er ist mit der Leitung des Kriegsernährungsamts und des „Lebensmitteldiktators“ v. Batocki sehr unzufrieden, bemängelt die Zusammenfassung der Amt, das zu sehr von den Interessenten beherrscht werde, während weitblickende Nationalökonomien, zuverlässige Statistiker und Vertreter der Ernährungsphysiologie hätten berufen werden sollen. Ob eine solche andre Zusammenfassung viel an den Dingen geändert hätte, müssen wir dahingestellt sein lassen. Wichtiger ist der andre Vorschlag, den der Herr Professor macht, um Besserung zu erzielen. Er fordert nämlich eine Erhöhung der Preise für die wichtigsten pflanzlichen Nahrungsmittel, denen eine Herabsetzung der Preise für Vieh und Fleisch gegenüberstehen soll. Das begründet die Artikel mit einer Berechnung, wonach für die Landwirtschaft die Verfüttung von menschlichen Nahrungsmitteln heute viel lohnender sei, als der Verkauf der Nahrungsmittel an die Verbraucher, und daß der Anbau weniger nötiger Früchte weit größeren Verdienst verspreche als der unbedingt notwendiger Nahrungspflanzen. Elybacher macht eine Rechnung auf, wonach bei den geltenden Höchstpreisen der Landwirt für das Pfund Roggen höchstens 11 Pfg., für das Pfund Gerste 17 Pfg., für das Pfund Kartoffeln 4 Pfg. erhalte. Verfüttete er aber diese Früchte an die Schweine, so entstünden aus 5 Pfund Roggen und Gerste ein Pfund Schweinefleisch und Speck, so daß die Kosten für dieses Pfund Fleisch oder Speck 55 bzw. 85 Pfg. ausmachten. Ebenso stelle bei Mästung mit Kartoffeln sich das Pfund Speck nicht höher als 80 Pfg. Das Pfund Schweinefleisch oder Speck aber wird vom Bauern mit mindestens 1.00 Mk. abgesetzt. So sei also das Mißverhältnis zwischen den Preisen der pflanzlichen Produkte und den Vieh- und Fleischpreisen ein stetiger-starker Anreiz für den Landwirt, die Verfüttungsverbote zu übertreten, so daß die Menschen darüber zu kurz kommen.

Das gleiche gelte für den Anbau der Zuckerrüben, der wegen des höheren Nutzens aus den Futterrüben eingeschränkt werde, für die Milchproduktion usw. Elybacher meint daher, eine Vermehrung der Produktion der notwendigsten pflanzlichen Nahrungsmittel, der Kartoffeln, des Getreides, der Zuckerrüben und der Behinderung ihrer Verfüttung an das Vieh werde nur zu erzielen sein, wenn man entschlossen die Preise für diese wichtigen Nahrungsmittel erhöhe und die für Vieh und Fleisch herabsetze. Daß das für die Verbraucher eine sehr bittere Maßregel ist, die heute schon unter schwerer Tene rung leiden, versteht sich der Herr nicht, aber er meint, einen andern Weg zur Besserung gebe es nicht. Den ärmsten Verbrauchern müsse man eventuell Unterstützungen gewähren, die als Kriegskosten zu betrachten sind aus dem Erlös der Kriegsanleihen zu bestreiten seien. Die Ansicht auf solche Unterstützungen, die riesenhafte Summen verschlingen würden, wenn sie nur einigermaßen ausreichend sein sollen, ist wenig tröstlich. Elybacher will sie auf die „ärmsten Verbraucher“ beschränken. Dabei sind aber heute weite Kreise der Arbeiterschaft und des Mittelstandes, die keinen Anteil an den Kriegsgewinnen haben, in ihrer Lebenshaltung schon längst an den Rand des Existenzminimums gedrückt und sie würden bei den öffentlichen Unterstützungen kaum berücksichtigt werden. Nur wenn man diese ungeheuren Schwierigkeiten verkennt, kann man die Lösung Elybachers für anwendbar halten.

Seine Berechnungen haben freilich ihre sehr ernste Bedeutung und das Nebel, das sie ausdecken, ist sicher sehr böse. Aber wenn der Staat es nur auf dem Elybacherischen Wege beiseitigen könnte, d. h. indem er an seine Stelle ein andres setzt, das die unmittelbare Bevölkerung womöglich noch härter trifft, so bedeutete das den Bankrott des Systems der kapitalistischen Privatwirtschaft. Sie hat man in ihren Fundamenten nicht anzutasten gewagt, die weitergehenden Vorschläge, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu Anfang des Krieges zur Regelung der landwirtschaftlichen Produktion machten, sind abgelehnt worden. Und jetzt steht man vor dem traurigen Ergebnis des jetzigen Systems. Mit Aufrufen und Mahnungen sucht man die Pöcher zu stoppen, die der Egoismus und die Profitgier so vieler Landwirte immer wieder in das System der beherrschenden Verbundungen zur Nahrungsmittelversorgung reißen, natürlich umsonst. Denn die Kraft dieser Triebe spottet aller patriotischen Mahnungen und die Städter erfahren es heute im buchstäblichsten Sinne am eigenen Leibe, was die schönen Nebensarten von vaterländischen Opfern für Wert haben, mit denen landwirtschaftliche Organisationen neuerdings paradiert haben.

Erst kommt der eigene Nutzen, er geht der Rücksicht auf den Nebenmenschen, auf das eigene, leidende Volk weit vor. Das ist das eiserne Gesetz einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Eigennutz, auf die Privatwirtschaft aufgebaut ist, das eiserne Gesetz, das kein vaterländischer Begeisterungsrausch umstößt. Und wenn wir die Behörden und die Nationalökonomien wie Elybacher vergeblich nach einem Ausweg aus diesem ehenen Kreise suchen sehen, so haben wir Sozialisten die denkbar deutlichste Bestätigung unseres Urteils über die kapitalistische Ordnung und die denkbar stärkste Rechtfertigung unserer Forderungen und Ziele. Von welcher Erkenntnis wir freilich uns heute auch nicht fähigen können, die uns aber auf jeden Fall zur eifrigsten Arbeit für unsre Bestrebungen anfeuern muß.

Die skandinavischen Noten.

Kopenhagen, 14. Februar. (Mitteilung des Nibauischen Bureau.) Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung sind übereingekommen, folgende Mitteilungen zu veröffentlichen:

Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung haben am Dienstag dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen

Gesandten Noten gleichen Wortlauts übermittelt, welche gegen die von Deutschland und Österreich geplante Sperre gewisse Seegebiete Einspruch erheben. Die Note beginnt damit, an die Tatsache zu erinnern, daß die Regierungen sich während des Krieges zu wiederholten Malen gegenseitig gelassen haben, formellen Einspruch gegen schwere Beeinträchtigungen der Rechte der Neutralen durch Maßregeln der verschiedenen Kriegführenden Mächte zu erheben. Sodann hebt die Note hervor, daß die Regierungen, deren Schritte sich bei diesen verschiedenen Gelegenheiten, wie immer, vom Geist der vollständigen und loyalen Unparteilichkeit haben leiten lassen, sich darauf beschränkt haben, die unantastbaren Rechte der Neutralen zu verteidigen. Nachdem die Note hervorgehoben hat, daß die Regierungen bei früheren Gelegenheiten gegen die Maßregeln der Kriegführenden Einspruch erhoben haben, die darauf abzielten, das freie Meer für die Benutzung der Neutralen zu verengen, geht sie dazu über, zu betonen, daß die Regierungen sich dieses Mal um so mehr in die Notwendigkeit verlegt sehen, bei denselben Gesichtspunkten zu verharren, als die der neutralen Schifffahrt berechneten Hindernisse jetzt eine noch beträchtlichere Ausdehnung und Schwere haben.

Dann lenkt die Note die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die einzigen völkerrechtlichen Vorschriften, welche als Stütze für die Maßregeln angerechnet werden könnten, deren Zweck es sei, allen Handel und alle Schifffahrt zum Feinde zu verhindern, die Vorschriften über die Blockade zur See seien. Ferner stellt die Note fest, wie weit ein Kriegführender das Recht haben kann, der friedlichen Schifffahrt die Durchfahrt durch Zonen zu verbieten, deren Grenzen von den feindlichen Küsten sehr entfernt sind, die allein in berechtigter Form blockiert werden könnten.

Schließlich erinnern die Regierungen an den allgemein anerkannten Grundsatz über die Seesperre, wonach ein neutrales Schiff nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich eines Versuches, die Sperre zu brechen, enthält und wonach es im Falle seiner Ausbringung entsprechend den allgemeinen Vorschriften vor ein Preisgericht gebracht werden muß. Die Regierungen erklären hiermit, daß ihre Besorgnisse über die angekündigten Maßnahmen noch durch die Tatsache verschärft werden, daß die als gefährlich bezeichneten Zonen dem Anschein nach, ausschließlich von Unterseebooten bewacht werden werden, deren Tätigkeit für die Angehörigen neutraler Staaten eine große Gefahr mit sich bringt, wie dies durch die im Laufe des Krieges gemachten Erfahrungen dargelegt worden ist.

Zuletzt hebt die Note die Tatsache hervor, daß die angekündigten Maßnahmen um so mehr den Grundsätzen des Völkerrechts widerstreiten als sie, wie dies der Inhalt der Mitteilung der Kaiserlichen Regierungen andeutet scheint, ohne Unterschied auf alle Schiffe angewandt werden würden, die in die bezeichneten Zonen einfahren, also auch auf diejenigen, die nicht nach einem feindlichen Hafen bestimmt sind, sondern sich nur auf der Fahrt zwischen zwei neutralen Häfen befinden.

Indem sie sich auf die Grundlage der obigen Erwägungen stellen, protestieren die Regierungen in aller Form gegen die vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen und machen alle Vorbehalte hinsichtlich etwaiger Verluste an Menschenleben und materieller Schäden.

Eine chinesische Note.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. B.) Der hiesige chinesische Gesandte hat gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Abschrift einer Note überreicht, die seine Regierung dem Kaiserlichen Gesandten in Peking am 9. d. Mts. hat zugehen lassen, und in der gegen die neuen Maßnahmen für den U-Boot-Krieg nachdrücklich Einspruch erhoben wird. Die Uebung feindlicher Depeschendienste, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe oder daß ein solcher Schritt unmittelbar zu erwarten sei, ist unzutreffend.

Der Konflikt mit Amerika.

Die Heimreise Bernstorffs.

Osaka, 15. Februar. Das Holländische Neue Bureau erzählt aus Washington: Graf Bernstorff hat vorgestern abend mit seiner aus 30 Personen bestehenden Begleitung Washington verlassen und schiffte sich gestern in Newport ein. (Berliner Tageblatt.)

Berlin, 16. Februar. Graf und Gräfin Bernstorff haben Dienstagmittag im Sonderzug Washington verlassen. Der Dampfer Friedrich VIII. folgte Mittwochnachmittag 2 Uhr den Anker. Er wurde von einem Torpedoböller bis auf 15 Meilen von der Küste begleitet. Die Pariser Blätter berichten, habe ein als unzurechnungsfähig erkanntes Individuum gegen den Grafen Bernstorff bei der Abreise einen Anschlag geplant.

Ausweisung eines deutschen Korrespondenten.

Bern, 15. Februar. (Privattelegramm.) Die Agentur Radio meldet aus Washington, der Korrespondent der Kölnischen Zeitung in Washington sei ausgewiesen worden, weil er die amtliche Funktion dazu benutzt habe, die Pläne einer fremden Regierung zu unterstützen, wo zu der Regierung der Vereinigten Staaten die Beziehungen abgebrochen waren. Wilson habe eine Untersuchung angeordnet, weil die Maxineverwaltung von verschiedenen Blättern deswegen angegriffen wurde.

Die Anregung zu Verhandlungen.

Bern, 14. Februar. (W. Z. B.) Eine redaktionelle Bemerkung des Bund besagt: Die wir aus zuverlässiger, nicht deutscher, Quelle erfahren, ist die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie zu Verhandlungen mit Amerika bereit sei unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Handelsperre, lediglich eine Antwort auf eine ihr durch den schweizerischen Gesandten in Washington zugegangene Anregung gewesen. Von wem diese Anregung in Washington ausgegangen ist, war aus der Mitteilung des schweizerischen Gesandten nicht ersichtlich.

Der verschärfte U-Boot-Krieg.

Ein Erlaß an die Marine.

Das Marineverordnungsblatt vom 1. Februar veröffentlicht folgenden allerhöchsten Befehl an die Marine:

An meine Marine.

In dem bevorstehenden Entscheidungslampf fällt meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Auszehrung, mit dem unser geschäftigster und hartnäckigster Feind das deutsche Volk niederzwingen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu lehren durch die Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die Unterseeboote in erster Reihe stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Vorsicht überlegen entwickelt, auf die leistungsfähigen und leistungsfreudigen Werften gestiftete Waffe im Zusammenwirken mit allen andern Kampfmitteln der Marine und getragen von dem Geiste, der sie im Verlaufe des Krieges zu glänzenden Taten befähigt hat, den Kriegswillen unfer Gegner brechen wird.

Großes Hauptquartier, 1. Febr. 1917. Wilhelm.

Vorstehenden allerhöchsten Befehl bringe ich hiermit zur Kenntnis der Marine.

Berlin, 1. Februar 1917.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle.

Die bisherigen Verlenkungen.

Amsterdam, 15. Februar. Bis zum 8. Feb. einschließl. waren bei Lloyd's Meldungen über den Verlust von 140 Schiffen eingelaufen, die seit dem 1. Februar versenkt oder verunglückt sind.

Kopenhagen, 15. Februar. Nationaltidende meldet aus Christiania, Norwegen habe im Januar 44 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 66.484 Tonnen verloren. Der Direktor des norwegischen Bureau's Veritas teilt mit, daß in Amerika gegen 1.500.000 Tonnen Schiffe für norwegische Rechnung im Bau seien.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. V.) Das Unterseeboot, dessen bisherige Erfolge am 9. Februar mit 10.000 Tonnen bekanntgegeben wurden, hat im ganzen 95.000 Kr.-Keg.-T. versenkt.

Einstellung der dänischen Schifffahrt.

Kopenhagen, 15. Februar. (W. Z. V.) Die Verhandlungen zwischen Reedern und Seelenten wegen Erhöhung der Kriegszulagen und Versicherungsunterschieden sind gescheitert. Dies bedeutet die vollständige Einstellung der dänischen Schifffahrt.

Verlenkt.

London, 15. Februar. Lloyd's meldet: Die englischen Dampfer Cicilia und Ferga wurden versenkt.

Neuter meldet, daß der englische Fischdampfer King Alfred versenkt wurde, der Kapitän wurde gefangenengenommen.

London, 15. Februar. Lloyd's meldet, daß der Segler Endora und der Dampfer Angul versenkt wurden.

London, 15. Februar. (Meldung des Neuterschen Bureau's.) Der Dampfer Jutshoven Head ist versenkt worden.

Verlenkung eines amerikanischen Schiffes.

Capliari, 15. Februar. Stefani meldet: Der amerikanische Dampfer Eymann wurde in der Nacht zum 12. Februar auf der Höhe der Sardnischen Küste einem feindlichen U-Boot, das ihn in Brand schoß und versenkte. Die aus zehn Mann, darunter acht Amerikanern, bestehende Besatzung landete in Capliari.

Washington, 14. Februar. (Neuter.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist das vor Capliari versenkte Schiff Eymann Law ein Schoner. Es wurde durch die Bombe eines österreichisch-ungarischen Unterseeboots in Brand gesetzt, das keine Flagge geblitzt hatte. Es sind keine Menschenleben verlorengegangen.

Güterstaunung in Amerika.

London, 15. Februar. Die Times erfährt aus Newyork, daß in den amerikanischen Häfen und Bahnhöfen infolge der Belagerung der amerikanischen und anderer neutraler Schiffe, über den Ocean zu fahren, eine gewaltige Güterstaunung eingetreten sei. Man glaubt, daß ungefähr eine Million Tonnen Stahl in Newyork lagert. Viele Güterzüge können nicht ausgeladen werden, weil keine Schiffe zur Verfügung stehen. Schon früher herrschte Wagenmangel und das hat sich jetzt noch verschlimmert. Der Getreideexport hat vollständig versagt. In Chicago liegt ein Weizenvorrat, der viermal so groß ist wie der normale Vorrat für diese Saison. In Boston lagert soviel Getreide, daß nichts mehr in die Stadt hinein kann. Die Delaware Centralbahn-Eisenbahn und die Pennsylvania und New-York Central-Bahn haben bekanntgemacht, daß sie vorläufig keine Gütertransporte von den Westhäfen mehr annehmen.

Die englischen Maßnahmen.

Rotterdam, 14. Februar. Der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet aus London, daß Lord Curzon in seiner gestrigen Rede mittelste, daß die Zahl der bewaffneten Handelschiffe schon jetzt 40 bis 50 Prozent größer sei, als Anfang Dezember. Was den Bau von neuen Schiffen betreffe, so sei man damit beschäftigt, ein größeres Bauprogramm durchzuführen. Außerdem gebe man sich alle Mühe, um durch Abkommen mit den überseeischen Dominions, den Kolonien, den Allierten und mit neutralen Staaten neue Schiffe zu bekommen. Durch den Bau von Standardsschiffen hoffe man, 500.000 Tonnen für die Handelsflotte zu gewinnen. Auch indirekt fördere man die Schnellfertigkeit des Baues dadurch, daß man in den Werften auf Stillarbeiten lasse. Außerdem werde ein Plan ausgearbeitet, um die Einfuhr aller Artikel, die nicht unbedingt notwendig sind, zu verbieten.

Die Forderungen der dänischen Seelente.

Kopenhagen, 14. Februar. (W. Z. V.) Fließ Seelenteorganisationen, deren Mitglieder alle Klassen von Schiffbesatzungen umfassen, beschlossen in gemeinsamer Sitzung, für Fahrten nach Amerika und England, da die Gefahren unter den jetzigen Verhältnissen auf See größer seien, die Verdoppelung der Unfallversicherungsbeträge sowie der Kriegszulagen zu fordern. Ferner beschloßen sie mit Rücksicht auf die Gefahren durch treibende Minen, die gleiche Kriegszulage und Unfallversicherung auch für Inlandsfahrten zu fordern, die bisher für die Nordsee galten.

Zur Verlenkung des Vars Kruse.

Berlin, 15. Februar. Der britische Funkpruch Carnarvon vom 13. 2. meldet unter anderem: Der deutsche Funkpruch vom 11. 2. sagt unter Bezug auf die Verlenkung des dänischen Dampfers Vars Kruse, der mit Getreide für das belgische Hilfskomitee beladen war: Dieser Unfall ist auf ein deutsches Unterseeboot zurückzuführen. Die nachgebenden deutschen Behörden melden, daß es gemäß den den deutschen U-Booten gegebenen Befehlen außer Frage steht, daß das deutsche U-Boot einen dänischen Dampfer ohne Warnung versenkt haben würde.

Hierzu wird vom Wolffs Bureau bemerkt, daß der deutsche Text der betr. Bekanntmachung wörtlich folgendermaßen lautet: „Nach den den deutschen Unterseebooten erteilten Befehlen ist es ausgeschlossen, daß ein dänischer Dampfer oder ein Schiff mit dem Absichten der belgischen Hilfskommission bisher westlich der Linie Dover-Galatz ohne Warnung torpediert worden ist. Es ist daher mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Vars Kruse auf eine Mine gelaufen ist.“ Allerdings ist bei der Uebersetzung dieses Wortlauts ins Englische (die deutschen Funkprüche nach Amerika werden in englischer Sprache gegeben) ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen, insofern das Wort „ausgeschossen“ durch „out of question“ (außer Frage) wiedergegeben wurde, wodurch der Sinn der Meldung ins Gegenteil umgewandelt wurde. Daß es sich lediglich um einen Uebersetzungsfehler handelt, hat in England natürlich nicht verborgen bleiben können, denn sonst hätte der letzte Satz des deutschen Funkpruches: „Es ist daher höchst wahrscheinlich, daß die Vars Kruse durch eine Mine gesunken ist, keinen Sinn gehabt.“

Der Balkankrieg.

Der bulgarische Tagesbericht.

Sofia, 14. Februar. Generalstabbericht vom 14. Februar.

Mazedonische Front: Am Bero-Bojan verlor der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung, die Stellung anzugreifen, die ihm gestern entrissen worden war; er wurde jedoch durch Maschinengewehrfeuer und Granaten abgewiesen. An der übrigen Front ziemlich schwache Artilleriefeuer, das sich an zahlreichen Stellen auf einzelne Schiffe von beiden Seiten beschränkte. Südlich von Cerres Zusammenstoße zwischen Erkundungsabteilungen und Vorposten.

Rumänische Front: In der Umgegend von Mahmudie schwacher Feuerwechsel zwischen den Posten auf beiden Ufern des St. Georg-Flusses. Bei Tulcea haben wir durch vereinzeltes Feuer unserer Artillerie feindliche Gruppen, die auf dem gegenüberliegenden Ufer bemerkt wurden, zerstreut.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 14. Februar. Amtlicher Bericht vom 14. Februar.

An der Tigrisfront nahm der Feind in der Nacht vom 13. Februar unsere Stellungen südlich des Tigris unter heftiges Artilleriefeuer. Zwei Barken, die der Feind auf einen Kanal nach dem Tigris lenken wollte, wurden durch das Feuer unserer Beobachtungsposten gezerrungen, sich zu entfernen. Am Morgen des 13. Februar steigerte der Feind abermals sein Artilleriefeuer und näherte sich unseren Stellungen mit Infanterie und abgeessener Kavallerie, ohne indessen zum Angriff überzugehen.

An den anderen Fronten hat sich nichts von Bedeutung ereignet.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Dänemark.

Eine Geheimfizierung des Reichstags.

Kopenhagen, 14. Februar. (W. Z. V.) Der dänische Reichstag ist für heute nachmittag zu einer vertraulichen Sitzung zusammenberufen worden, in der der Minister des Neußern Mittelungen über die gegenwärtige Lage Dänemarks machen und der Minister des Innern eine Darstellung der innerpolitischen Verhältnisse geben wird.

Einstellung der Textilindustrie.

Kopenhagen, 14. Februar. (W. Z. V.) Die dänische Textilindustrie steht, der Zeitung Politiken zufolge, vor einer Katastrophe, da der Mangel an Rohstoffen die meisten Betriebe zwingen wird, im Laufe der nächsten beiden Wochen die Arbeit einzustellen. Die Zufuhr an Rohbaumwolle sei schon seit langem so gering gewesen, daß die Lager jetzt vollständig geräumt seien. Auch die Baumwollspinnereien und -webereien, die schon seit langem ihre Arbeitszeit einzuschränken genötigt waren, werden Ende Februar vollständig schließen müssen. Das Ministerium des Neußern verhandelt zur Zeit, um Betriebseneinstellungen zu vermeiden; die Aussichten für ein günstiges Ergebnis sind jedoch gering.

Großbritannien.

Die Regierung nimmt die Kohlenbergwerke in Besitz.

London, 15. Februar. (Neuter.) Amtlich. Es ist beschlossen worden, daß das Handelsamt alle Kohlenbergwerke im Vereinigten Königreich für die Dauer des Krieges in Besitz nehmen soll.

Die Handelspolitik nach dem Kriege.

London, 14. Februar. (Neutermeldung.) Die Kommission unter dem Vorsitz Lord Balfour, die letzten Sommer von Asquith ernannt worden war, um über die nach dem Krieg einzuschlagende Handelspolitik zu beraten, schlägt in ihrem Bericht als zukünftige britische Wirtschaftspolitik ein System von Vorzugssätzen für das britische Reich vor.

Nord-Amerika.

Der Zustand auf Kuba.

Washington, 15. Februar. (Neuter.) Staatssekretär Lansing warnt die Bevölkerung von Kuba in einer Note, indem er darauf hinweist, daß die amerikanische Regierung keine aus der Revolution hervorgegangene Regierung anerkennen könne. Diese Note bezieht sich auf die gemeindefreien ausländischen Bewegungen auf Kuba.

London, 14. Februar. Times meldet aus Washington, daß die Lage auf Kuba in den Vereinigten Staaten große Beunruhigung hervorgerufen hat. Auf Kuba ist eine ernsthafte Revolution unter Anführung von Gomez, dem früheren Präsidenten, der mit dem konservativen Kandidaten Bogas dem Liberalen Moncal die Präsidentschaft streift, ausgebrochen. Die amerikanische Regierung sympathisiert mit Moncal. Wenn die kubanische Regierung nicht imstande ist, die Ordnung herzustellen, wird Amerika intervenieren.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Febr. Amtlich. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In letzter Zeit haben sich an der Front zwischen Neuen-Tiersee und Arras zahlreiche Gefechte von Aufklärungsabteilungen abgespielt. Der Gegner hat bei seinen häufigen, teils mit, teils ohne Feuervorbereitung angelegten Unternehmungen beträchtliche Verluste gehabt. In unserer Hand gebliebene Gefangene brachten wertvolle Aufschlüsse, die durch die Ergreifung vieler eigener, mit Geschick durchgeführter Erkundungsvorstöße ergänzt worden sind.

Gestern war zwischen Cerre und Somme unter Einsatz vieler schwerer Geschütze der Artilleriekampf vornehmlich in den Abendstunden heftig. Infanterieangriffe erfolgten nicht; es kamen in unserer wirksamen Feuer nur kleine Teilvorstöße gegen einige unserer vorgeschobenen Posten zustande, die beschlagnahmt auf unserer Hauptkampfstellung auswichen.

Vom Kanal bis zu den Vogesen begünstigte klare Luft die Artillerietätigkeit.

Die Gegner verloren gestern sieben Flugzeuge, von denen Leutnant v. Rischhausen zwei — seinen 20. und 21. Sieg im Luftkampf — abschoß.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

An der Bahn von Kowel nach Luzl überließ eine unserer Streifabteilungen eine russische Feldwache und brachte 41 Gefangene zurück.

Südwestlich davon hielten Stoßtrupps 20 Russen und ein Maschinengewehr aus der feindlichen Stellung.

Nördlich der Bahn von Boczow nach Tarnopol glückte ein gut angelegtes, mit Schneedurchgeführtes Unternehmen in vollem Umfang. Nach kurzer Feuerwirkung drangen Sturmtrupps etwa 100 Meter tief in die russische Linie ein, nahm die Besetzung von sechs Offizieren und 275 Mann gefangen und hielt sich fünf Stunden in den feindlichen Gräben. Inzwischen gelang es den Mineuren, die ausgedehnten Minengänge zu zerstören und unter unsrer Stellung geführte geladene Stollen unschädlich zu machen.

Seeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Keine besonderen Ereignisse.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

An der Putna wurde ein russischer Posten aufgehoben, am Cereth der Vorstoß mehrerer Kompanien zurückgewiesen. Der Hafen und militärisch wichtige Anlagen von Galatz wurden wirkungsvoll beschossen.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wien, 15. Februar, abends. Amtlich. (W. Z. V.)

Zwischen Somme und Aisne lebhafteste Artillerietätigkeit. In der Champagne, südlich von Ripont entwickelten sich Infanteriekämpfe, die für uns günstig verliefen. Im Osten nichts Besonderes.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 15. Februar. Amtlich wird verlautbart:

Deutscher Kriegsschauplatz.

Bei Jockan wichen vor einige russische Kompanien ab. An der Putna betätigten sich unsere Patrouillen mit Erfolg im Vorlande.

Seeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Südlich des Melitaneer-Tunnels wurde ein russischer Vorstoß vereitelt.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Nördlich der Bahn Boczow-Tarnopol und bei Zwidnitz in Böhmen überfielen Stoßtrupps die russischen Gräben. Die Unternehmungen glückten. Der Feind erlitt starke Einbuße an Menschen und Kriegsmaterial. Nördlich von Boczow wurden überdies 6 russische Offiziere und 275 Mann als Gefangene abgeführt.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Erklärung.

Die Parteioorganisationen des Bezirks Leipzig stehen auf dem Boden der Opposition, weil sie die während des Weltkriegs von der Fraktionsmehrheit und dem Parteivorstand betriebene Politik für unverträglich mit den Grundgedanken der Sozialdemokratie und den Kongreßbeschlüssen halten, und weil der Parteivorstand versuchte, diese von keinem Parteitag gebilligte Politik unter Verletzung des Organisationsstatuts der Partei mit Gewalt auszudrängen.

Die Oppositionskonferenz vom 7. Januar d. J. war eine Notwehr gegen dieses Vorgehen des Parteivorstandes. Sie hatte ihr Vorbild in den verschiedenen Konferenzen der Anhänger der Fraktionsmehrheit und des vom Parteivorstand gegründeten Diskussionsklubbs „Vorwärts“ in Berlin.

Die Parteioorganisationen des Bezirks Leipzig haben trotz ihrer einschlägigen Auffassung im Rahmen des Parteistatus gewirkt. Sie haben die organisatorische Verbindung mit dem Parteivorstand aufrechterhalten und während des ganzen Krieges ihre Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt, soweit dies ohne Gefährdung der eigenen Parteieinrichtungen und -Institutionen möglich war. Der Parteivorstand ist über diese Einzelheiten unterrichtet worden.

Der Bezirksvorstand als Vertreter der Parteioorganisationen des Bezirks Leipzig hat die organisatorischen Beziehungen mit dem Landesvorstand aufrechterhalten und den anteiligen Beitrag des Bezirks Leipzig an den Landesvorstand bis 31. März 1917 abgeführt.

Die Behauptung Endermanns auf der Besprechung verschiedener Parteigenossen am 12. Februar d. J. nach dem offiziellen Bericht:

„In Leipzig sei die Parteispitze seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft praktisch durchgeführt worden“,

wird damit als eine wissenschaftlich unwahre Behauptung charakterisiert.

Die im Auftrage des Parteivorstandes erfolgte Sprengung der Landesorganisation vom 3. Februar durch Endermann wurde am 12. Februar durch eine angebliche sächsischen Landeskonferenz vollendet.

Die Beschlüsse der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses sowie dieser „sächsischen Landesversammlung“ haben für die Parteimitglieder keine bindende Kraft, solche Beschlüsse kann nur ein ordnungsgemäß berufener Parteitag fassen.

Die Landesversammlung Sachsens steht nach §§ 14, 15 des Landesorganisationsstatuts aus Delegierten der Kreisorganisationen zusammen, an der die Bezirksvorstände, Landtags- und Reichstagsabgeordneten Sachsens teilnehmen. Diese Voraussetzungen treffen auf die private Zusammenkunft in Dresden vom 12. Februar nicht zu, denn in keinem einzigen Falle ist den Mitgliedern der Kreisorganisationen, die die Delegierten zu wählen haben, Gelegenheit gegeben worden, an dieser Zusammenkunft Stellung zu nehmen oder Delegierte zu wählen. Außerdem sind mehrere Kreisorganisationen und der Bezirksvorstand Leipzig von der Teilnahme ausgeschlossen worden. Reklamate haben überhaupt keine Teilnahme oder Stimmrecht auf einer „Landesversammlung“.

Die Mehrheit der Parteigenossen hat demnach weder im Reich noch in Sachsen die Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes gebilligt. Versuche, Beschlüsse privater Zirkel als Beschlüsse der Mehrheit auszugeben, weisen wir als irreführend zurück.

Die Parteioorganisationen Leipzigs waren bemüht, die Streitfragen der Partei im Rahmen des Parteistatus auszutragen, bis ein nach Freigabe der Reichsgarantien ordnungsgemäß berufener Parteitag eine Entscheidung fällen konnte.

Die Sprengung der Landesorganisation ist ohne unser Zutun erfolgt. Sie hatte, wie alle bisherigen Maßnahmen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses nur den Zweck, die Kriegspolitik der Reichstagsfraktion als richtunggebend für die Parteimitglieder festzulegen. Es ist deshalb eine abschließliche Erklärung, wenn man in gleichen Atemzuge, wo man die Opposition erbroselt, erklärt, daß die Meinungsfreiheit gewahrt werden soll.

Da somit feststeht, daß das freie Wort und die Demokratie keine Stätte mehr in der sozialdemokratischen Partei hat, fordern wir die Kreisorganisationen auf, auch weiterhin auf dem Boden des Parteiprogramms und sozialistischer Kongreßbeschlüsse für die Interessen der sozialistischen Arbeiterklasse zu wirken und für eine im März d. J. zu berufende Konferenz der Opposition Delegierte nach Maßgabe des Organisationsstatuts zu wählen.

Leipzig, Februar 1917.

Der Bezirksvorstand Leipzig.

Diese Erklärung ist am Donnerstagabend in einer Sitzung der Vertreter des Bezirks Leipzig einstimmig angenommen worden. Zwei Vertreter anderer Ansichten hatten sich vor der Abstimmung enthalten.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Cerre, Leipzig.

Berantwortlich für den Anseratenteil: Hugo Lehmann, Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengell'sche.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachung.

In der Bekanntmachung Nr. W. I. 701/12. 15. K. R. A. vom 31. Dezember 1915, betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungsvorbot für Web-, Trikot-, Wirt- und Strickgarne ist eine Nachtragsbekanntmachung in den Amtsblättern erlassen worden, die auch in den Kreis- und Polizeiwachen eingesehen und, soweit der Vorrat reicht, entnommen werden kann.
Leipzig, am 15. Februar 1917.
Qu.-A. 117. Der Rat der Stadt Leipzig.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 13. Februar 1917 über die

Frischfleischzulage in der Fleischverorgungswoche vom 24. Februar bis 2. März

wird auf Grund der heute hier eingegangenen Verordnung des Königlich Preussischen Ministers des Innern vom 14. Februar - 481a III III - bestimmt:

Die in die Kundenliste des Fleischers eingetragenen Verbraucher können bis zum 17. Februar für die am 24. Februar beginnende Fleischverorgungswoche auf Erwachsenen wie auf Kinderfleischkarten insgesamt bis zu 225 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen beim Fleischer anmelden.

Bei der Anmeldung sind als Frischfleischmarken die mit den Zahlen 1-5 bedruckten Fleischmarken V abzugeben. Die Fleischmarken haben in diesem besonderen Falle folgenden Wert:

Marke 1	= 50 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen
" 2	" 50 "
" 3	" 50 "
" 4	" 50 "
" 5	" 25 "

Auf Erwachsenenfleischkarten kann außerdem 50 Gramm Wurst gegen Abgabe der Fleischmarke V 6 angemeldet werden. An Stelle von 50 Gramm Wurst kann auf diese Marke vom Käufer die Abgabe von 25 Gramm Frischfleisch gefordert werden. Der Fleischer ist nicht berechtigt, von sich aus an Stelle von 50 Gramm Wurst 25 Gramm Frischfleisch dem Käufer zu geben. Das Wahlrecht steht allein dem Käufer zu.

Die Fleischer sind verpflichtet, den Verbrauchern auf Verlangen die Fleischmarken V 7-10 zurückzugeben, wenn sie diese schon bei der Anmeldung des Frischfleischs abgegeben haben. Diese Fleischmarken sind auch abgetrennt von der Fleischkarte gültig und können von den Verbrauchern für den Bezug von Geflügel oder Fleischkonserven oder für den Fleischbezug in den Gastwirtschaften verwendet werden.

Im übrigen finden die Bestimmungen der Bekanntmachung über die Regelung des Frischfleischbezugs vom 28. September in der Fassung vom 10. Dezember 1910 entsprechende Anwendung.

Auf die Fleischmarken V 8 kann bei der Entnahme des Fleisches außerdem, soweit Vorrat vorhanden ist, 50 Gramm Kriegswurst abgegeben und entnommen werden. Einen Anspruch auf Zuteilung von Kriegswurst hat der Käufer nur, soweit Vorrat vorhanden ist. Die Vorschriften der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 über die vorläufige Regelung des Verkaufs von Kriegswurst finden in diesem Falle Anwendung.

Leipzig, den 15. Februar 1917. K.-E.-A. III
Der Rat der Stadt Leipzig.

Sparcasse Baunsdorf.

Geschäftsführer: Rathau, Erdgaschloß recht. Zinsfuß für Einlagen: 3 1/2 % Tägl. Verzinsung. Postkonten Leipzig Nr. 12221. Banko zu d. d. Allg. Deutsch. Credit-Bank, Leipzig. Stahlschließfächer. - Kontrollmarken. Fernsprecher 60307. Geschäftszeit: Montags bis Freitag 9-1 und 3-5 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr. Straßenbahnverbindung Linie 4.

Heimatschutz-Vorträge.

Der für heute, Freitag, angesetzte Beginn der Vortragsfolge wird auf 8 Tage verschoben, so dass der 1. Vortrag

Oberstudienrat Prof. Dr. O. E. Schmidt, Freiberg
Sächsische Burgen und Schlösser
insonderheit des Osterlandes
und Pleissnerlandes

erst Freitag, den 23. Februar
Punkt 8 Uhr

im grossen Festsaal des Zentraltheaters
stattfindet.

Karten zu 2 Mk. für Mitglieder, zu 3 Mk. für Nichtmitglieder, gültig für die ganze Vortragsreihe, sind im Verkehrsverein am Naschmarkt u. in den übrigen bekannt. Verkaufsstellen erhältlich.

Asphalteure und Pappdecker.

Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr

Zusammenkunft

im Volkshaus, Zeiger Straße 32.

Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission und Beschlussfassung darüber. 2. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen eines jeden Kollegen. [1150] Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein 13 für den 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis
Barock Zauscher Str. 1921, 1 (Wahlkreisamtgeb.) Tel. 20025
Eröffnungsgeld: Montags von 12 bis 1 Uhr u. 4 bis 7 Uhr
Sonnabends von 9 bis 3 Uhr

Kleinzschocher. Der Lichtbilder-Vortrag kann morgen Sonnabend nicht stattfinden. Karten behalten für später Gültigkeit. [1193] Der Vorstand.

Plagwitz-Lind.-Schleussig. Die Bibliothek ist nur geöffnet für Erwachsene: Dienstags und Freitags von 1/8 bis 9 Uhr; für Kinder: von 2 bis 4 Uhr nachmittags. Die verminderte Lesesahl veranlasst zu dieser Einführung. D.V.

Thonberg-Neureudnitz. Der angekündigte Lichtbilder-Vortrag kann nicht stattfinden und wird bis auf weiteres verschoben. D. V.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turnvereine

Bezirk. Unser Bezirksturntag findet nun (falls bis dahin die beschränkende Verordnung aufgehoben ist) am Sonntag, dem 26. Februar, mittags 1 Uhr, in der Stillenen Kne, L.-Sellenhausen, Dorfstr. 15, statt. Jeder Verein muß vertreten sein. Der Bezirksleitung.

L.-Thonberg. Heute abend 8 Uhr Gefellige Jung- und Turnerinnen im Vereinslokal bei Kresse. - Sonntag vormittags 10-11 Uhr gemeinsames Turnen der Schüler und Schülerinnen, von 11-12 Uhr Zusammenkünfte der Turner und Turnerinnen unter Leitung des Gruppenturnwarts. Zahlreichem Besuch steht entgegen. Der Torwart.

Turnerbund L.-Stötteritz, Turmhalle, Weintraube. Der Turnbetrieb findet wieder wie folgt statt: Mitglieder u. Zöglinge: Dienst, Freitag, 1/8-10 Uhr
Turnerinnen: Montags, Donnerstags, 1/8-10 Uhr
Schülerinnen: Montags, Donnerstags, 1/7-1/8 Uhr
Schüler: Dienstags, Freitags, 1/7-1/8 Uhr
Erscheinen aller wegen des bevorstehenden Festes ist Pflicht. Der Torwart.

Deutschkathol. freie Religionsgemeinde zu Leipzig

Erhebung am Sonntag, dem 18. Februar, fällt aus. [1150] Der Vorsteher, J. A. N. Willeke.

Arbeitsmarkt

Zimmerleute, Maurer für den Neubau Fichtstraße 3 gef.

D.F.W. Wir suchen für sofort 10 kräftige Hilfsarbeiter Deutsche Flugzeug-Werke G. m. b. H. Lindenthal-Leipzig.

Tüchtige ältere Dreher und Schlosser stellt ein Heinrich Brune, Maschinenfabrik 2. Lindenau, Jordanstraße 1.

Gewandter Etikettenschneider sofort gesucht. Moritz Prescher Nachf., Akt.-Ges., Kunstdruckerlei Lützsch, Am Bahnhof.

D.F.W. Für unsere Metallrohrei und Tischlerei suchen wir zum 1. April 1917 geeignete Lehrlinge. Deutsche Flugzeug-Werke G. m. b. H. Lindenthal b. Leipzig.

Ein tüchtig. Maurer gesucht. Emil Wolf Bayerische Straße 77.

Maschinenarbeiter für Holzbearbeitungsmaschinen stellt sofort ein Baugehäufgrühe Leipzig-Ringer.

Werkzeugschlosser Werkzeugdreher f. Werkzeugfabrikation. F. Pause Wasserturmstrasse 7

Bauschlosser sucht B. Clauss 2. Kleinisch, Siemensstr. 34.

Zurichter auf Kanin f. e. K. Schäring, Duedstr. 5, P.

Geeignete männliche od. weibliche Personen z. Bedienung des Lastenhebrastuhles sofort gesucht. Kriegsverlegte, d. Vorzug. Waschanstalt Giltzner Städt. Ferd.-Post-Str. 16.

An- und Auslegerinnen für Steinbrud-Schnellpresse sofort in dauernde Stellung gesucht. Moritz Prescher Nf., A.-G. Leuzsch am Bahnhof.

Kartonnagenarbeiterinnen und Lernende suchen Gebr. Heller Kohlgartenstrasse 52.

Cherliche träft. Aufwartung für den ganzen Tag gesucht. Wöhl.-Grenb., Bismarckstr. 7.

Vermietungen Elisabethallee 32, Erdg. v. Wohnung per 1. 4. für 350 Mk. mit od. ohne Hausmannspost. an ruhige Leute zu vermieten.

Berufshilfe Plötzstraße, Umbau, Trumeau, Pettr. m. R. ac. b. Josephstr. 33.

SSO kauft man gut u. billig neue u. gebr. Anzüge, Mäntel, Hüte, Schuhe, Stiefel, Schw. Schuhe, auch leicht, noch sehr bill. Kannor, Querstr. 32, 1. Ecke Kohlschützenstrasse.

Anzüge Paletots von feinsten Qualitäten, Student, wenig gez., o. neue Konfirmations-Anzüge, Mäntel, Hüte, Schuhe, Stiefel, Schw. Schuhe, auch leicht, noch sehr bill. Kannor, Querstr. 32, 1. Ecke Kohlschützenstrasse.

Gemüse-Sämereien empfiehlt O. D. Kaspar Nachf. Plagwitz Plötzstraße 30.

Kaufgefuche Möbel aller Art kauft M. Hahle, Karl-Heine-Str. 61

Hasen-, Kanin- sowie alle Arten Felle, auch Roth-, Kuh- u. Schweinshaar kauft Almann Mittelstr. 5, G.

Elde und Badle. wond kauft für die Reichsstadelle zu hohen Preisen Glasor. Hauptbier Steinweg 30. Hasen- u. Mantelwolle.

Inerate sind nicht an die Modifikation, sondern an die Expedition d. Leipz. Volkszeitg. zu richten

Metallarbeiter Verband Die Mitglieder steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und die Beschlüsse des Verbandes sind innerhalb drei Tagen zu erfüllen.

Kaffeehaus Korso Goethestr. 1 Augustusplatz Goethestr. 1 Schönste und vornehmste Lage Leipzigs. Täglich von 1/8 bis 7 Uhr nachmittags und von 1/8 bis 10 Uhr nachts
Künstler-Konzert Nach dem Theater, Varietes und Circus lohnt man seinen Kaffee, Tee oder Schokolade bei seiner Kaffeehaus im Kaffeehaus Korso. Gedr. aus eigener Kaffeehaus. Inh. Georg Tolener.

König-Salomo-Apotheke Grimmische Strasse 17. Aufertigung aller Krankenlassen-Rezepte, schnellste und eleganteste Abfertigung.
Inserate für die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis spätestens 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage.

Krieg und Geschlechtskrankheiten Ein Wort an die Frauen von Schwester Lydia Ruehland. Preis 20 Pfg. Vorrätig in der Leipziger Buchhandlung W. G. v. d. Buchhandl. Leipzig, Langauer Straße 19, 21 und in allen Filialen der Volkszeitung.

Familien-Nachrichten

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Freunden, Bekannten sowie seinen Arbeitskollegen und der geehrten Firma Rud. Sad für die herrlichen Blumenpenden und Begleitung nach seiner letzten Ruhestätte unseren herzlich innigsten Dank. Auch besonderen Dank Herrn Pastor Richter für seine tröstlichen Worte am Grabe. Dir aber, lieber Otto, rufen wir ein Ruhe sanft in Dein viel zu frühes Grab nach. Leipzig-Lindenau, den 15. Februar 1917. Liska verw. Pflz geb. Häfner und Tochter im Namen aller Hinterbliebenen.

Dank. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Vaters und Großvaters sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern innigsten Dank. Rüd. marsdorf, den 15. Februar 1917. Familie Albert Kühne.

Heute früh verschied plötzlich am Herzschlag unser Mitglied und Kollege **Karl Herm. Starke.** Dies zeigt hierdurch tiefbetrübt an Leipzig, den 15. Februar 1917 Der Vorstand des Vereins der Arbeiterpersonals der Leipziger Spediteure. Beerdigung findet Sonntag mittags 12 Uhr auf dem Sellenhäuser Friedhofe (Dörfel) statt.

Mittwoch mittag verschied nach langem Krankenleiden im Alter von 22 Jahren unser lieber einziger Sohn und Bruder **Oskar Richter.** Tiefbetrübt zeigen dies an Leipzig, Grenzstraße 7 Marie verw. Richter Olga Richter Familie Dressel. Die Beerdigung findet Sonntag, 18. Februar, 11 Uhr, v. d. Halle des Lindenauer Friedh. aus statt.

Tieferschüttert erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein lieber, guter Mann, der treusorgende Vater meines Kindes, unser guter Sohn und Schwieger-sohn, Bruder, Schwager und Onkel **Karl Beyer** Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Friedrich-August-Medaille nach 31 monatlichen schweren Strapazen und Entbehrungen gefallen ist. In unsagbarem Schmerz R. N. Uger, Wölkauer Straße 59 Emma Beyer nebst Sohn und Angehörigen.

DREHER SACHSEN-WERK für lohnende Arbeit sofort gesucht. Niedersiedlitz-Dresden

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Februar.

Geschichtskalender. 16. Februar 1407: Philipp Melanchthon in Bretten geboren († 1500). 1826: Viktor v. Scheffel in Karlsruhe geboren († 1886). 1834: Ernst Gaezel in Polddam geboren. 1871: Kapitulation von Vespert. 1893: Hermann Krasser, Dichter des Antifaschismus und Anders, in Hermannstadt gestorben.

Sonnenaufgang: 7,18, Sonnenuntergang: 5,12. Mondanfang: 3,28 vorm., Monduntergang: 10,27 vorm.

Wetterprognose für Sonnabend, den 17. Februar: Reiß helter, trocken, wärmer.

Karl Bücher.

Am 16. Februar ist Karl Bücher 70 Jahre alt, ein Lebensalter reich an Arbeit liegt hinter ihm. Schon das Neuhere seines Lebens zeigt, auf wie vielen Gebieten er fruchtbar Arbeit geleistet hat. Von 1871-78 Gymnasiallehrer, trat er im Jahre 1878 in die Redaktion der Frankfurter Zeitung ein, um in einer Epoche, die für diese Zeitung besonders reich an Kämpfen war, bis zum Jahre 1880 ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Teil zu leiten. Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der Frankfurter Zeitung wurde er im Jahre 1881 Privatdozent für Nationalökonomie in München. Von München nach Dorpat, von Dorpat nach Basel, von Basel nach Karlsruhe führte ihn seine wissenschaftliche Laufbahn. 1892 wurde er nach Leipzig berufen, um dort die Professur für Nationalökonomie und Statistik zu übernehmen, die er bis zum 1. Oktober des vergangenen Jahres innegehabt hat.

Der Name Karl Bücher war es, der so manchen Studenten der Nationalökonomie nach Leipzig zog, um hier einen der bekanntesten Vertreter des Kathedersozialismus in Deutschland zu hören. Die von Bücher an der Universität Leipzig gegründeten Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminare, eine Stelle unabhängiger nationalökonomischer Forschung, boten wie kaum ein anderes nationalökonomisches Seminar in Deutschland Gelegenheit zum intensiven ernstlichen Studium wie zu strenger wissenschaftlicher Arbeit. Der Hauptton lag hier auf der unabhängigen Forschung, nicht auf der Heranzüchtung von Demern der kapitalistischen Volkswirtschaft. Der aufrechte Charakter Karl Büchers bot eine feste Gewähr gegen eine kapitalistische Verwischung der Wissenschaft, die sich inzwischen an andern Universitäten bemerkbar gemacht hat.

Wichtige wissenschaftliche Werke sind Zeugnisse der Forschung Karl Büchers. Besonders am bekanntesten von allem, was er im Laufe seines Lebens veröffentlicht hat, ist seine Entstehung der Volkswirtschaft. Wir haben vor längerer Zeit bei Gelegenheit der Zurückweisung eines völlig unbegründeten Angriffs auf Büchers wissenschaftliche Ehre in unserer Zeitung diese Arbeit gewürdigt in dem, was in ihr einen Fortschritt der nationalökonomischen Wissenschaft bedeutet, wie in ihrer Schwäche und Grenzen, die gegeben sind durch die Schwächen und Grenzen des Kathedersozialismus überhaupt.

Wie diese Grenzen die nationalökonomische Theorie Büchers scharf schieben von der sozialistischen Wissenschaft, so schieben die Grenzen der bürgerlichen Demokratie seine politische Betätigung nicht minder scharf von der Tätigkeit der Arbeiterdemokratie, namentlich bei seinem kommunalpolitischen Wirken in Leipzig traten diese Hemmnisse ersichtlich hervor.

Neben Büchers wissenschaftliche Bedeutung zu streiten, kann nur dem einfallen, den Ehrgeizliche Verblendung nicht zur klaren Erkenntnis der Stellung des Nationalökonom von Vertrauen in der Geschichte der nationalökonomischen Wissenschaft kommen lassen.

Heute freilich ist die Epoche vorüber, in der Karl Bücher wissenschaftlich großen Einfluß in der Epoche der Nationalökonomie stiftenden großen Einfluß haben konnte. Die Ausprägung der Klassenkämpfe in der Epoche des modernen Kapitalismus ist nicht ohne Einfluß auf die Wissenschaft geblieben. Es ist symbolisch, daß Karl Bücher noch in den letzten Tagen seines Lebens den Kampf aufnehmen mußte gegen die Bestrebungen, die die Wissenschaft in den Dienst des Kapitalismus stellen wollen. Im Zeitalter des Imperialismus ist kein Raum mehr für den Kathedersozialismus. Immer klarer wird es, daß imperialistische Tendenzen auch in der Wissenschaft zum Durchbruch kommen.

Es ist Karl Bücher der Vertreter einer vergangenen Epoche der nationalökonomischen Wissenschaft, dessen späte Lebensjahre noch den gigantischen Kampf der politischen Tendenzen sehen, die auch der Wissenschaft ihr Gepräge geben wollen.

Neue Bekanntmachungen.

Ueber die Fleischfleischzulage in der Versorgungswoche vom 24. Februar bis 2. März sagt eine Ratsbekanntmachung das Nähere.

Nach einer andern Ratsbekanntmachung beträgt der Höchstpreis für Kartoffeln im Kleinhandel 8/10 Pfg. das Pfund.

Ueber Web- und Wirkwaren gibt eine Bekanntmachung nähere Auskunft.

Leipzig im Nebel.

Nicht daß Leipzig benebelt war. Dazu ist die Zeit zu „Stoffarm“ und daher zu nüchtern und zu stimmunglos. Aber trotzdem lag die Stadt gestern abend im dichten Nebel, der sich gegen 8 Uhr wie ein schwerer Schleier niederließ. Gegen 7 Uhr konnte man kaum über die Straße sehen. In dem Nebel machte sich der Mangel an Licht besonders bemerkbar. Wie trübe Tagelungen aus Großvaters Zeiten nahm sich die ohnehin stark verminderte Straßenbeleuchtung aus. Die Straßenbahnwagen waren besser zu hören als zu sehen, die starken Scheinwerfer wirkten wie Stallaternen. Das Verbot der Scheinwerferbeleuchtung und des Lichtverbrauchs für Kellergewölbe machte sich in diesem Nebel besonders fühlbar. Wo sind sie hin, die schönen Zeiten, wo man in ein Lichtmeer getaucht des Abends durch die Stadt promenieren konnte? Das Licht des elektrischen Funkens, des Gases, die tausend Plammen der Straßenbeleuchtung und der Scheinwerfer, die Lichtspitzen der Bogenlampen, die schimmernde Beleuchtung der großen Geschäftshäuser, die hellerleuchteten Straßenbahnwagen, die starken Lichter der laufenden Stallaternen, das waren die Lichtquellen, die der Finsternis erfolgreichen Kampf lieferten. All diese Lichtquellen hat der Krieg, das getragene Ungeheuer, gemessen. Es ist dunkel geworden um uns her und gestern war es stockfinster. Ob das ein böses Omen ist? Ob noch weitere Licht- und andre Beschränkungen und Einschränkungen bevorstehen?

Wenn man Geld hat.

Der Hamburger General-Anzeiger veröffentlichte dieser Tage folgende aus einem Hotel einer mecklenburgischen Stadt stammende Tages-Speisenkarte:

Table with 2 columns: Dish name and Price. Items include: Mehrküden mit Kartoffeln (2.50 Mk.), Rumpsteak mit Bratkartoffeln (2.25), Kalbsleber mit Bratkartoffeln (2.00), Schweineleber (2.00), Fischeik mit Bratkartoffeln (2.75), Hühner-Magout (2.50), Zangenspagel mit Saiten (2.75), Entenfleisch mit Bratkartoffeln (2.75), Kalb in Gelee mit Bratkartoffeln (2.00), Wildentenfleisch mit Bratkartoffeln (1.75), Leberwurst mit Butter und Brot (1.00), Scholle, geb., mit Kartoffelsalat (2.00), Kalb, grillt oder geb. (2.50), Stangenpagel mit Mäuseraal (2.50), Mäuseraal mit Butter und Brot (2.50), Hasenleber mit Kartoffeln (1.50), Aufschnitt à Person (4 Marken) (2.50), Dorsch mit Senfsauce (2.50), Hasenleber mit Kartoffeln (2.25), Kalbskotelette (2 Marken) (2.50), Kalbsbraten mit Erbsen, Wurzel (2.25), Fischsalat mit Brot (0.75), Parzer mit Butter und Brot (0.75), Kartoffelsuppe (0.50), Braten mit Spickhaus (2.00), Ferkelschinken mit Erbsenpüree, Sauerkraut (2 Marken) (2.50).

In der Großstadt können manche Familien keine Kartoffeln bekommen, in Mecklenburg aber kann man Fleisch und andre nahrhafte Speisen in Menge genießen.

Preis und Wert der Kohlrübenmahlung.

In der B o s s i s c h e n Z e i t u n g finden wir nachstehende Notiz: „Geheimrat R u b n e r, der Leiter des Hygienischen Instituts der Berliner Universität, untersucht in der letzten Nummer der Zeit- und Streifenfragen den Nährwert der Kohlrübe und stellt sie in Vergleich mit dem der Kartoffel. Er kommt dabei zu dem folgenden Ergebnis: Wenn man jetzt für 1 Pfund Kartoffeln 4 Pfund Kohlrüben gibt, so bietet man den Verbrauchern nicht eine „Zulage“ von Nährstoffen, sondern Knapp so viel, als 1 Pfund Kartoffeln entspricht, und weniger Eiweiß. Selbstverständlich kann man mit diesem Ertragsverhältnis von Kartoffeln und Kohlrüben nicht so weiter machen und nächstem 2 Pfund Kartoffeln durch 8 Pfund Kohlrüben ersetzen. Das verbietet schon die Masse der einformigen Kost, die man jedem Städter zumuten würde.“ Rubner zeigt weiter, daß man gegenwärtig für 1 Mk. erhält: bei Kartoffeln 8840 g mit 6947 verbau. Wärmeeinh. u. 141 verb. Eiw. bei Kohlrüben 7092 g mit 1788 u. 15.

Die Kohlrüben sind also 4mal so teuer als die Kartoffeln und liefern trotzdem nur ein Neuntel des Eiweiß wie die an sich schon eiweißreichen Kartoffeln. Für 30 Pfennig erhält man jetzt 5 Pfund (2500 Gramm) Kartoffeln mit 2082 verbauilichen Wärmeeinheiten und 42 Eiweiß. Jetzt muß man kaufen: f. 24 Pf. (4 Pfd.) - 2000 Kartoff. m. 1666 verb. Wärmeeinh. u. 34 Eiw. f. 26 Pf. (4 Pfd.) - 2000 Kohlrü. m. 452 verb. Wärmeeinh. u. 4 Eiw. f. 50 Pf. zusammen - 2128 verb. Wärmeeinh. u. 38 Eiw.

Die Kosten sind also jetzt auf 50 Pfa. erhöht, gerade so, als wenn man für das Pfund Kartoffeln 10 Pfa. bezahlen würde. Man hat sich gekraut, die Kartoffelpreise zu erhöhen, jetzt ist aber auf einem Umwege über die Kohlrübenzulage die hohe Belastung des Budgets eingetreten und noch dazu eine weniger gute Nahrungsmischung dafür eingetauscht.“

Vorzeitige Einnahme von Brot.

Eine Arbeiterfrau hatte, wie die Bergische Arbeiterstimme berichtet, einen Tag vor Beginn der neuen Brotkammerwoche, ihre Brotmenge für den kommenden Tag geholt und war deswegen mit einem Strafbefehl bedacht worden. Dergleichen forderte sie richterliche Entscheidung. Sie brachte glaubhaft vor, daß ihr Mann morgens vor 6 Uhr zur Arbeit müsse, und da die Brotläden um diese frühe Stunde noch geschlossen wären, sei es ihr nicht möglich, dem Mann seine Weggehrung für den Arbeitstag mitzugeben. Sie sei daher, weil der Mann arbeitsfähig bleiben und verdienen, gezwungen, schon am Abend vorher die ihr zustehende Brotmenge einzukaufen. Das Gericht sprach die Frau von Strafe und Kosten frei. Es hob in seiner Entscheidung hervor, daß der Mann ohne Nahrung nicht arbeiten könne, und bei der heutzutage jedem zuzurechnenden geringen Brotmenge sei es geradezu ausgeschlossen, daß noch für den folgenden Tag Brot aufgespart werden könnte.

Die Kohlennot als Sündenstrafe.

„Die Mutter befißt die den kaltenden Dsen. „Geh schlafen, Kind, es ist kalt.“ „Du, Mutter, heut sprach der Herr Lehrer von der Kälte. Er sagte, man muß die Kohlennot als Prüfung Gottes nehmen, und Gott läßt die Menschen leiden, weil sie Sünden haben. Und ein Junge sagte, daß sie keine Sünden haben, weil sie einen Gasofen haben und der sehr warm macht. Und der Herr Lehrer hat es gehört und war sehr zornig und hat gesagt, wir sollen still sein, weil wir dumm sind und es noch nicht verstehen... Sa, Mutter, haben die Reichen keine Sünden?“ „Geh schlafen, Kind!“ sagte die Mutter.“

Die stark benachteiligten Untermieter. Man schreibt uns: „Seit dem 13. Februar 1917 ist der Verkauf von Kohlen und Bricketts und seit dem 15. Februar auch der Verkauf von Koks bahn geregelt worden, daß beim Einkauf der Lebensmittellkarten u n s i a g vorgelegt werden muß. An sich eine ganz gute Einrichtung, nur hat man dabei übersehen, daß es eine große Anzahl Leute gibt, die in Untermiete wohnen, also keinen Kartennachschlag haben. Wie kommen diese Leute zu Kohlen? Auch auf dem Schlachthofe ist beim Einkauf von Knochenfleisch der Kartennachschlag vorzulegen. Sondern dieses (Kartennachschlag mit Korb) erkennt sich im wahren Sinne des Wortes in fünf Stunden eine gelbe Karte. Durch die Neuerung verlor die Karte ihren Wert. Noch eine andre Handhabung bedarf der Neuerung. Auf einen Umschlag für sechs Personen gibts für zwei Marken Knochenfleisch. Es kann also der Fall eintreten, daß eine e i n z e l n e Person 2 Pfund Fleisch bekommt - sie hat ja ihre Untermiete auf dem Umschlag stehen -, während vielleicht eine ganze Familie, die bei ihr wohnt, nichts erhält. Warum erhalten die Untermieter kein Fleisch auf ihren Wohnstätten?“

Gleich und Geres Recht für Kranke. Soweit die Kranken auf die ihnen zugeteilten Marken Gries und Haserflocken nicht bei den regelmäßigen Verteilungen entnehmen können, werden ihnen solche gegen Abgabe der Marken bei den Firmen Gebrüder Kiebel, Kopsplatz 4/5, Rudolf Xg, Neuhere Hallische Straße 27, August Schlaß, Burgstraße 40, Fr. Hermanns-Vertram, Wiedermarktstraße 46/48 und Gg. Vohmann, Karl-Heine-Straße 54 verabfolgt. Die Abgabe von Haserflocken und Gries in den Apotheken gegen Vorlegung ärztlicher Zeugnisse findet nicht mehr statt.

Verweigerung Abgabe von Bricketts und Kohlen. Es ist verschiedentlich vorgekommen, daß Kohlenhändler nur an ihre Kunden Kohlen oder Bricketts abgegeben haben, Nichtkunden aber die Abgabe von Kohlen oder Bricketts verweigert haben. Es wird darauf hingewiesen, daß jeder Händler verpflichtet ist, an Jedermann ohne Unterschied, ob es Kunden oder Nichtkunden sind, Feuerungsmaterial abzugeben, solange der Händler Vorräte besitzt. Händler, die sich weigern, Feuerungsmaterial abzugeben, haben Weiterungen zu gewärtigen.

Hilfsdienstgesetz und Leipziger Messe. Man schreibt uns: „Von Leuten, die der Leipziger Messe nicht wohlwollend gegenüberstehen, wird in den neutralen Ländern das Gerücht verbreitet, daß die im Ausland ausfalligen Reichsdeutschen, wenn sie zum Besuch der Leipziger Messe den Boden ihres alten Vaterlandes wieder betreten, sofort zum vaterländischen Hilfsdienst eingezogen werden sollen. Wir können mitteilen, daß das Gerücht falsch ist. Jeder Deutsche kann unbefangt die Leipziger Messe besuchen: Er ist seinem alten Vaterlande als Messebesucher willkommen, zum Hilfsdienst wird er nicht gebraucht.“

Es gibt genug Kohlrüben. Der Rat schreibt: „Beim Rate sind wiederholt Beschwerden darüber eingegangen, daß Versorgungsberichtigte Personen auf ihre Rübenkarten von den Kleinhändlern keine Kohlrüben erhalten haben. Ein Mangel an Kohlrüben besteht nicht. In den letzten drei Tagen vom 12. bis 14. d. M. sind von der städtischen Güterverwaltung an die städtischen Händler 14888 Zentner Kohlrüben zur Ausgabe gelangt, mitteln täglich rund 5000 Zentner, während bei dem gegenwärtig geltenden Verbrauchsabst täglich etwa 2000 Zentner Kohlrüben benötigt werden. Die Kohlrüben dürfen nur auf Marken abgegeben werden. Eine gewerbmäßige Verarbeitung zu Sauerkraut, Marinade, Mus oder ähnlichen Fabrikaten ist verboten. Die Händler, die diesen Bestimmungen entgegenhandeln, sehen sich schwerer Bestrafung aus. Alle bekanntwerdenden Verstöße werden unmissverständlich verfolgt. Auch werden diese Händler für immer von der Kartoffel- sowie Rübenverteilung ausgeschlossen.“

M. J. Die Kohlrübenmahlung hergestellt werden kann. Weiskalt, in Scheiben geschnittene Kohlrüben werden in Salzwasser wachselnd gekocht, das Wasser dann abgeseigt. Etwas Sellerie, ein wenig geschwollene Zwiebel und einige rote Kartoffeln zusammen weich gekocht, einige Pfeffer voll trockene Kartoffelflocken dazugegeben, mit den Kohlrüben durch ein Sieb gerieben und als Beilage mit oder ohne Sauerkraut gegeben. Das Kohlrübenmahl, vermischt mit Fleischbrühe oder Wasser, gibt eine genießbare Suppe.

Von der Gartenstadt Marienbrunn. Durch den Krieg ist die Gartenstadt daran gehindert, ihren Bauplan durchzuführen. Die Gesellschaft hat sich deshalb an den Rat gewandt mit dem Ersuchen, ihr für das unbebaute Gelände nicht den vollen Erbbauszins abzuführen, sondern den niedrigeren Pachtzins, wie ihn der Pächter der Fläche früher gezahlt hat. Der Rat will dem Wunsche der Gesellschaft bis zum 30. Juni 1919 entsprechen und ersucht die Stadtvorordneten zum Zustimmung.

Schon wieder! Unter dieser Spitzmarke meldeten wir gestern, daß die Preise für Hausbrandbriketts (Braunkohle) vom 1. April an um 1 Mk. die Tonne erhöht wurden. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, steht aber noch eine weitere Preiserhöhung für Braunkohle bevor. Die Regierung hat die Werke aufgefördert, die bei den Werken aufgestapelte Ware so schnell als möglich zu verladen. Darauf haben die Werke ihren Abnehmern mitgeteilt, sie müßten für diese Stapelware 1.50 Mk. mehr für die Tonne fordern. Warum diese Vertenerung eintritt, wird nicht näher angegeben. Das haben ja die Werke auch nicht nötig, die Konsumenten müssen eben zahlen.

Die Feldpostadressen richtig schreiben. Vom 15. Februar ist die Bestimmung über die neuen Feldpostadressen in Kraft getreten, es heißt daher aufpassen und die Feldpostadressen richtig schreiben. Den Soldaten ist nachdrücklich nahegelegt worden, ihre neuen Adressen rechtzeitig mitzuteilen, damit in der Zustellung keine Unordnung entsteht.

Das Leipziger Kriegsgeld. Ende nächster Woche hofft der Rat die 2 Millionen Fünfsigpfennigscheine ausgeben zu können, die er bei der Firma Giesecke u. Devrient herstellen läßt. Die Scheine sollen in zwei Serien A und B, jede lautend von 1 bis 1 000 000 in fortlaufender Nummerierung, hergestellt werden. Sie sollen nur im Stadtgebiet Verwendung finden. Um die Scheine auch an dritte Personen, z. B. an Fabriken, Banken, Konsumvereine, zur Verwendung im Kleingeldverkehr ausgeben zu können, ist die Genehmigung der Staatsregierung notwendig. Die Kosten für den Druck betragen 10 000 Mk., um deren Bewilligung die Stadtverordneten ersucht werden.

Die Annahme von Postpaketen nach der Türkei muß wegen Betriebschwierigkeiten im Ausland bis auf weiteres eingestellt werden.

Von ihrer Niederkunft überrascht. Eine Beamtin der Wach- und Schließgesellschaft wurde in der vergangenen Nacht von einem jungen Mädchen, das plötzlich seine Niederkunft erwartete, um Beistand gebeten. Sie brachte die junge Mutter zur nächsten Polizeiwache.

Knochen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Sonnabend, den 17. Februar, früh von 8-10 Uhr Nr. 80001 bis 80500; von 10-11 Uhr nur für Umlauber; von 11-12 Uhr Nr. 80501 bis 80000; von 1-2 Uhr Nr. 90001 bis 90500; von 2-3 Uhr Nr. 90501 bis 91000. Der Umschlag der Lebensmittellkarte Nr. 10, die gelbe Marke und vier Fleischmarken, sind mitzubringen.

Bei der Firma Augustin heute kein Verkauf. Freitag 1 Sonnabend, den 17. Februar, Nr. 5201 bis 6200; Freitag 11 Nr. 1241 bis 1770.

Polizeinachrichten.

Strassenbahnzusammenstoß.

Am Donnerstagnachmittag stieß in der Rönnerstraße ein Straßenbahnwagen der Linie 1 mit einem zweispännigen Möbeltransportgefährt zusammen, wobei die Pferde kürzten und der Gefährtführer vom Bock geschleudert wurde. Glücklicherweise entstand nur Materialschaden. - Ein weiterer Zusammenstoß erfolgte gegen 7 Uhr wegen des starken Nebels in der Dresdenerstraße. Dort stieß ein Motorwagen der Großen Leipziger Straßenbahn mit einem zweispännigen Rollgefährt zusammen. Der Gefährtführer wurde vom Bock geschleudert und erlitt einen Beckenbruch und anscheinend eine Gehirnerschütterung. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Feuerbericht. In einem Grundstück der Gischstraße in Leipzig, Eigentum geriet auf noch nicht aufgearbeitete Weise ein Holzschuppen, in dem Heuwarren aufbewahrt wurden, in Brand, den die Feuerwehr bald beseitigte.

Verlust. Ein 10jähriger Kaufmannslehrling von hier bestahl seinen Lehrherrn nach und nach um 1000 Mk. und vergebete das Geld in Wein- und Sektflaschen und in Geschenken an befreundete Damen, wobei er sich als Sohn vermöglicher Eltern aufspielte. Das Nachspiel wird für ihn weniger angenehm sein.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus

78. Sitzung, Donnerstag, 15. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Vohmer (Soz.) spricht zunächst über Ernährungsfragen. In den Städten wird alles rationiert, die Regelung aber nicht voll vor der Kreisverwaltung. Gewiß ist es schwer, in jedem Dorf für Beachtung aller Verordnungen zu sorgen. Aber dann muß die bestehende Organisation eben weiter ausgebaut werden, und zwar in einer Weise, die auch auf dem Lande die Ablieferung überflüssiger Lebensmittel erzwingt. Wenn auf dem Lande durchgegriffen wird, dann wird auch in den Städten wieder Vertrauen zu einer gerechten Lebensmittelverteilung geweckt werden.

Der Abg. Bing hat gestern von den woführligen Wirkungen des Sparzwangs für die Jugendlichen gesprochen. Wir sind keine Freunde dieses Sparzwangs. Galt man ihn aber für notwendig, dann muß er auch gelten für die Töchter der Feudalen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir halten den Sparzwang direkt für ungesetzlich, denn nach der Reichsgewerbeordnung muß der Lohn in bar ausgezahlt werden. Diese Vorschrift kann nur durch ein Reichsgesetz geändert werden.

Die Immediatkommission ist jetzt aufgelöst worden. Wir haben bei dieser Gelegenheit wenigstens erfahren, daß sie noch bestand. (Heiterkeit.) Der Minister hat ihr für ihre „erfolgreiche und fruchtbare Arbeit“ seinen Dank ausgesprochen. Was hat sie in Wirklichkeit geleistet? Wir erfahren darüber nichts, denn es wurde ein Schweigegebot erlassen. Zur Reorientierung auf dem Gebiet der Verwaltung rechnen die Konserverativen eine Stärkung der Stellung des Landrats. Seine Befugnisse sollen noch erweitert, der Landrat soll zu einer Art Universalarbeiter werden. Wir haben Bedenken gegen eine Erweiterung der Nachbefugnisse des Landrats. Das Landratsamt muß kommunalisiert werden. (Sehr richtig! links.)

In der letzten Zeit sind auch sozialdemokratische Stadträte bestätigt und damit ist ein altes Unrecht gutgemacht worden. Aber mit der Bestätigung des einen oder anderen Sozialdemokraten durch den jetzigen Minister ist es nicht getan. Uns genügen Ministererlasse nicht, wir fordern die gänzliche Beseitigung der Bestätigung der Verwaltungsbeamten. Wir fordern für die Gemeindevorstände das allgemeine gleiche geheime und direkte Wahlrecht, verbunden mit der Verhältniswahl. Die Bewegungsfreiheit der Gemeinden darf nicht zu sehr beschränkt werden. Wir wollen nicht eine Selbstverwaltung etwa als Geschenk für politisches Wohlverhalten, sondern eine tatsächliche Selbstverwaltung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Minister sagte gestern, daß das Religionsbekenntnis kein Hindernis sein solle, um zur Verwaltung in Staat und Gemeinde herangezogen werden zu können. Die politische Ueberzeugung hat er in dieser Verbindung nicht erwähnt. Das ist aber das allerwichtigste (Sehr wahr! bei den Soz.) und ich wünsche, daß er zum Ausdruck bringt, daß auch die politische Anschauung des einzelnen kein Hindernis für die Betätigung in der Verwaltung sei. Aus den Erfahrungen des Krieges wird man hoffentlich erkennen, daß es in Friedenszeiten das schlimmste Unrecht gewesen ist, die Mitwirkung der Arbeiterschaft nicht nur nicht gesucht, sondern zurückgewiesen zu haben. Wir verlangen Demokratisierung des Staates und der Verwaltung. Die Bestimmungsratserei und Schlußfeier, die in Preußen zur höchsten Blüte gekommen war, muß beseitigt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weg mit jeder polizeilichen Bevormundung, die das öffentliche politische Leben ungebührlich bedrückt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ueberhaupt muß die Bevölkerung auf allen Gebieten zur Mitwirkung herangezogen werden. In diesem Sinne ist die Schaffung eines Vertraut zum Kriegswucheramt zu begründen. Solch einen Vertraut sollte es bei jeder bürokratischen Verwaltung geben, schon damit die Verwaltungsbeamten über das, was dem Volke nötig ist, besser unterrichtet werden. Theaterzensur, Pressezensur, Beschränkung der Schundliteratur, Konzeptionswesen des Kinowesens sind alles keine Aufgaben der Polizei. Die Schundliteratur ist ja während des Krieges durch die Generalkommandos etwas wirksam bekämpft worden. Die Selbstzensur des Volkes ist nur möglich, wenn das Volk alle Freiheit hat, um sie durchzuführen. Eine Reihe von Erzeugnissen des Krieges wird auch im Frieden nutzbar gemacht werden können, z. B. das Nachbaderbol. Dagegen darf die Verkürzung der Polizeistunde nicht beibehalten werden. Auch die Einmischung der Polizei in wirtschaftliche Kämpfe muß beseitigt werden. Zur Reorientierung gehört ferner die Abschaffung der Besondereordnung, dieses schlimmsten Stillschließens in der modernen Zeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Freies Koalitionsrecht für alle Arbeiter! Davon gehen wir nicht ab. Es gibt es kein Kompromiß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unveräußerlich ist ferner eine Beteiligung des Herrenhauses, das seit dem 1. März 1872 als ein moralisches Gefüge bezeichnet, das sich nicht länger ertragen lasse. — Nun

zum Wahlrecht.

Abg. Lohmann bezeichnet seine Lösung als die wichtigste Aufgabe, darin stimmen wir ihm zu. Warum aber die Frage nicht während des Krieges gelöst werden könnte, verstehe ich nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unter diesem Wahlrecht darf nicht noch einmal gewählt werden, das wäre eine Verleibung und Verhöhnung der großen Masse der Kriegsteilnehmer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es sind nun verschiedene Ideen ausgesprochen worden, wie das Volk um das allgemeine geheime und direkte Wahlrecht betrogen werden kann. Man gewinnt den Eindruck, daß diejenigen, die solche Vorschläge machen, nur immer daran denken, wie sie sich selber eine Bevorzugung im Wahlrecht verschaffen können. (Sehr gut! bei den Soz.) Das mindeste, was in Preußen geschaffen werden kann, ist das Reichstagswahlrecht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Lassen Sie mich, aber die Erfahrungen des Krieges haben bewiesen, daß auch die Frauen auf die Dauer nicht ohne Wahlrecht bleiben können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle Vorschläge, das Wahlrecht abzustufen, verraten nur die Angst vor der Bestimmung des Volkes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Deutsche Tageszeitung hat geschrieben, die erdrückende Mehrheit der im Felde Stehenden würde die Einführung des Reichstagswahlrechts als ihre politische Entrechtung ansehen. Bestehen etwa die Millionenheere draussen in ihrer Mehrheit aus Wählern umfassen! (Sehr gut! bei den Soz.) Ist es gerecht, daß ein Kriegswucherer 100 Kriegsteilnehmer niederstimmen kann? Die Soldaten verlangen das gleiche Wahlrecht nicht als Geschenk, wie Herr v. d. Osten meinte, sondern als ihr Recht. (Zustimmung bei den Soz.)

Der Minister hat gestern man's schönes Wort gesprochen. Er sagte, der Geist der preussischen Verwaltung muß ein freierwilliger werden. Damit hat er bestätigt, daß das bisher nicht der Fall war. Uns kommt es vor allem darauf an, daß seinen Worten die Taten folgen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Konserverativen haben bei diesem Teil seiner Rede stumm wie die Fische dabei. Sollte die Rangelronde ihr Ziel erreichen, dann wird wohl auch Herr v. Loebell nachliegen müssen. Die innerpolitischen Verhältnisse wird man scharf im Auge behalten müssen. Das Volk muß die Macht, die es besitzt, benutzen, um seinen Willen durchzusetzen. Von den nächsten Reichstagswahlen nach dem Kriege wird das Schicksal des ganzen deutschen Volkes abhängen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. d. Osten stellte gestern die Stimmung des 4. August 1914 und des 1. Februar 1917 zusammen. Damit ist er den geschichtlichen Ereignissen nicht gerecht geworden. Nein, es war der 12. Dezember v. J., der Tag unseres Friedensangebots, an dem eine der Stimmung der Augusttage ähnliche Stimmung durch das ganze Volk ging. Die Antwort der Entente darauf hat wie ein Peitschen-

hieb in das Antlitz des deutschen Volkes gewirkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle kamen zum Bewußtsein: wir kämpfen um nichts als unser nadies Leben und unser bloßes Dasein. Und nun erst hat sich in Deutschland die ungeheure Enthusiasmuskraft entwickelt, das Leben zu verteidigen und unsre Gegner zum Frieden zu zwingen. (Sehr gut! bei den Soz.) Den Schätterschen Standpunkt lehnt das Volk ab. Von großsprecherischen Annexionsplänen wollen wir nichts wissen. Wir wollen

keinen Frieden um jeden Preis,

wir wollen einen Frieden, der dem deutschen Volke die Unversehrtheit seiner Landesgrenzen, die wirtschaftliche Selbständigkeit und die nationale Entwicklungsfreiheit für alle Zukunft sichert. Das Vertrauen des Volkes wird sich der Staatsmann erwerben, der nach allen Mitteln sucht, um einen ehrenvollen Frieden für Deutschland zu erreichen, der dem gesamten deutschen Volke zum Heil gereicht, und der uns die Freundschaft der ganzen Welt sichert. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Trampczynski (Vole): Wir Polen fordern kein Wohlwollen von der Regierung, sondern Rechte. Wir wären bereit, einen Strich unter die Vergangenheit zu machen, wenn nicht Tatsachen vorliegen würden, die uns die Wiederkehr der früheren Zustände befehlen. Wir wollen nicht weiter als mit den Deutschen als freie mit den Freien zu leben. Eine offene Aussprache kann die Mißverständnisse nur beseitigen. (Beifall bei den Polen.)

Minister des Innern v. Loebell: Ich muß daran erinnern, daß ich verschiedene Male in nachdrücklicher Weise erklärt habe, daß die Regierung beabsichtigt, alsbald nach dem Kriege den Wünschen der preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität nach Möglichkeit, soweit die deutschen Interessen es zulassen, entgegenzukommen.

Abg. Gaffel (Kortfchr. Vp.): Alle Staatsbürger müssen gleich behandelt werden. Das muß auch gegenüber den Polen gelten, selbst wenn sie zur Regierung in Opposition stehen.

Die Landesregierung hat leider vielfach ihre Pflicht in der Versorgung der Städte mit Lebensmitteln nicht getan. Die Besonderenstellen dürfen nur nach der Tüchtigkeit besetzt werden. Ebenso wie den Ratskollegen muß man auch den Ruben entgegenkommen, die in der höheren Verwaltung überhaupt nicht vertreten sind. Eine Reform des Herrenhauses ist notwendig, auch Arbeiter sollten darin vertreten sein. Die Notwendigkeit des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen ist in dieser Zeit, wo alle Draußen in gleicher Weise kämpfen, unabweisbar. Das letzte Wahlrecht wird gerichtet durch die ständige Wahlbeteiligung im Gegensatz zu der bei den Reichstagswahlen. Die Wahlreform muß vor den nächsten Wahlen kommen. Der Burgfriede scheint zu bedeuten, daß die Linke zu allem still ist, während die Rechten das schwerste Geschäft auffahren. Ein gerechtes preussisches Wahlrecht wird Deutschland in der Welt moralische Eroberungen machen lassen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Grunenberg (Zentr.) protestiert gegen die Auffassung des Abg. v. d. Osten, daß sich die Katholiken bisher nicht um Kammer bemüht hätten.

Die Weiterberatung des Etats wird auf Freitag, 11 Uhr, vertagt.

Aus der Reichshauptstadt

Lebensmittel.

Auch die Milch soll noch teurer werden; sie soll pro Liter nicht weniger als 44 Pf. kosten; eine ganz gewaltige Steigerung. Für die Ernährung der Säuglinge bedeutet der erhöhte Milchpreis eine erhebliche Verschlechterung. Der erhöhte Preis zu einer größeren Lieferung beitragen, ist bisher auf das schlagendste widerlegt worden, und es muß deshalb mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Milchversteuerung protestiert werden.

Die Kartoffelpreise erhöhen sich vom 18. Februar an auf 6½ Pf. für das Pfund im Kleinhandel für Groß-Berlin.

In letzter Zeit ist häufig festgestellt worden, daß der Verkauf von Zitronen im Kleinhandel von der gleichzeitigen Entnahme von Zitronen abhängig gemacht worden ist. Die Preisprüfstelle Groß-Berlin weist darauf hin, daß dieses Verfahren durchaus unzulässig ist und der von ihr erlassenen Verordnung vom 28. Januar 1916. Ueber den Ausgang und die Aussetzung von Preisveränderungen ihres Vorgehens erklärt worden, daß auch sie vom Großhändler Apfelsinen nur dann erhalten, wenn sie gleichzeitig Zitronen abnehmen. Kleinhändler, denen in dieser Weise die gleichzeitige Abnahme von Apfelsinen und Zitronen zur Pflicht gemacht werden sollte, werden ersucht, dies der Preisprüfstelle Groß-Berlin, Breite Straße 11, mitzuteilen, damit gegen die in Frage kommenden Großhändler eingeschritten werden kann.

Am Donnerstag fand im Berliner Rathaus eine Sitzung der Mahnungsmitteldeputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth statt. Die Beratungen betrafen unter anderem den gegenwärtigen Stand und die Aussicht der Kartoffellieferungen und ferner die neuesten Ankündigungen des Kriegs Ernährungsamts über Lieferungsverträge, insbesondere auch über die Einbeziehung der Frühkartoffeln in die Lieferungsverträge.

Beschlagnahme von Schweinen auf dem Magerviehshof in Friedrichshagen sind dieser Tage durch das Kriegs Ernährungsamt erfolgt. Es war aufgefallen, daß vielfach Schweinefleisch ohne Marken verschoben wurde. Das Kriegs Ernährungsamt kam dahinter, daß in vielen Fällen auf dem Magerviehshof Schweine zu Justizzwecken gekauft, aber sofort geschlachtet wurden. Es befehlt die Bestimmung, nach der Schweine im Gewicht bis zu 120 Pfund zum Schlachten nicht geschadet werden, sie müssen zur Aufzucht und zur Mast aufgehoben werden. Die in dieser Hinsicht bestehenden Verbote wurden von den Händlern dauernd übertreten und die Tiere an Privatleute verkauft, die sie ohne weiteres abschachten ließen. Die mitgeteilt wird, hat das Kriegs Ernährungsamt bei der Revision festgestellt, daß von etwa 3100 Schweinen über 2700 in der letzten Zeit abgeschlachtet wurden. Beamte des Kriegs Ernährungsamts beschlagnahmten nun auf dem Magerviehshof alle Schweine, für die mehr als 110 Pf. für den zehnten Lebensgewicht verlangt wurden. Es wurden für diese Tiere im laufenden Monat Preise von 200 Pf., im Dezember und Januar sogar bis 250 Pf. für den zehnten bezahlt. Der Schlachter, der solche Preise zahlen würde, milchte das Fleisch um etwa 75 bis 100 Prozent über den Höchstpreis abgeben. Das Kriegs Ernährungsamt zahlte den Verkäufern nur 110 Pf. für den zehnten, obwohl diese nachweisen konnten, daß sie selbst an die Landwirte 190 bis 150 Pf. bezahlt hatten. Nach einer neuen Verfügung im Reichsanzeiger muß nunmehr jeder Käufer einen Nachweis bringen, daß er Ferkel und Säuglingschweine nur zu Mastzwecken kauft, ein Abschachten der Tiere wird mit strengen Strafen bedroht.

Keine Abgabe von Strümpfen. Der Magistrat teilt mit: Vor mehreren Tagen ging durch einige Zeitungen die Nachricht, daß dem Magistrat Berlin eine große Menge Strümpfe zum Absatz an die Bevölkerung überwiesen worden sei. Infolgedessen gehen dem Magistrat zahlreiche Gesuche um unentgeltliche Abgabe von Strümpfen und Anträge von Geschäften auf Ueberlassung zum Verkauf zu. Den Anträgen konnte nicht stattgegeben werden, da der Magistrat bisher gar nicht in den Besitz von Strümpfen gelangt ist. Er hat lediglich bei der Kriegswirtschafts-Kriegsgesellschaft beantragt,

ihm einen Teil der dort vorhandenen Bestände zu überlassen. Es von diesen Strümpfen überhaupt etwas an die Geschäfte abgegeben werden kann, hängt von dem Umfange der Zuweisung ab, da in erster Linie die Bedürfnisse der Armenverwaltung befriedigt werden müssen. Irrendwelse Gesuche von Geschäften oder einzelnen Personen um Abgabe von Strümpfen sind daher zur Zeit nutzlos und können nicht beantwortet werden.

Die Zeitmenge wird in der nächsten Woche nur in Butter ausgegeben werden.

Eine Mahnung an die Bäcker. Der Berliner Magistrat hat in einem an sämtliche Bäcker gerichteten Rundschreiben eine besondere Mahnung zur gewissenhaften Beobachtung aller Anordnungen gerichtet. Im besonderen wird darauf aufmerksam gemacht, daß aus der für das Schwarzbrot vorgeschriebenen Wehlmischung sich, wie zahlreiche praktische Backversuche und die Erfahrungen anderer Städte ergeben haben, ein gutes und einwandfreies Brot herstellen läßt. Einwendungen, daß dies nicht möglich sei, werden deshalb unter keinen Umständen anerkannt werden. Sollte sich herausstellen, daß eine Mädelerei nicht imstande ist, nach den neuen Vorschriften ein brauchbares Gebäck zu erzeugen, so werde der Magistrat die Schließung eines solchen Betriebes wegen Unfähigkeit des Betriebinhabers in Erwägung ziehen. Angesichts der Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln werde die bisher geübte Nachsicht solchen Betrieben gegenüber, die die Anordnungen nicht oder unvollständig befolgen, aufhören.

Die Frage des Nachtverkehrsauf der Straßenbahn ist amtlich geprüft worden, wobei man zu folgendem Ergebnis kam: Die Möglichkeit des Anschlusses der Güterbahn an das Stadtbahnnetz ist bei zehn Bahnhöfen gegeben. Die Kosten betragen bei jedem Bahnhof durchschnittlich 80000 Mk. und erscheinen verhältnismäßig hoch gegenüber einem nur geringen Nutzen. Letzterer ist schon dadurch begrenzt, daß der Betrieb nur während der Nachtstunden möglich ist und nur eine beschränkte Anzahl der Wagen von der Gesellschaft zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden kann. Ferner können nur solche Verfehrer von Gütern in Frage, die ganze Wagenladungen erhalten oder verladen. Von diesen Großhändlern und Fabrikanten haben aber eine große Anzahl bereits Vollbahn-Anschlüsse. Geh. Oberbaudirektor Sarrazin ist der Ansicht, daß eine Peilscheinigung des Wagenumschlusses nicht erreicht wird. Von den 80-90000 Tonnen städtischen Gütereingangs- und -ausgangs können auf diese Art nur höchstens 5 Prozent abtransportiert werden. Diese Zahl ist aber für Berliner Verhältnisse viel zu gering. Die Nachteile des Gütertransportes auf der Straßenbahn sind, kurz gefaßt, folgende: Eine nicht unerhebliche Personalvermehrung der Straßenbahn wie der Eisenbahnverwaltung durch den notwendigen Nachtbetrieb, der auch die Beförderung der Güterbahnstoffe nötig macht. Die zur Herstellung der Anschlüsse notwendigen Baukosten sind sehr schwer zu beschaffen, und selbst wenn diese vorhanden sind, ist es noch immer nötig, eine längere Zeit für die Bauausführung der Anschlüsse zu rechnen, da die erforderlichen Arbeitskräfte mangeln. Durch den Umbau der 300 Anhänger der Straßenbahn werden diese nicht nur augenblicklich dem Verfehr entzogen, sondern können auch später für den Personerverfehr nicht mehr benutzt werden. Der Wagenpark der Straßenbahn wird dadurch geschwächt, denn an einen Ersatz der Wagen ist vorläufig nicht zu denken.

Zum Konkurs der Frau Kupfer. Frau Kupfer hat es bekanntlich ausgezehrt verstanden, zahlreichen Personen das Geld abzunehmen und dafür ein Leben in Sans und Brouss zu führen. Diejenigen, die bei diesem Geschäft viel verdienen wollten und noch das Nachsehen haben, haben sich zu einem Gläubigerschutzverband zusammengesetzt und versenden nun ein Rundschreiben, bem wir folgendes entnehmen:

Sie sind Gläubiger im Konkurs Kupfer; nach den eingehenden Erörterungen in der Tagespresse können die Gläubiger sich ungefähr ein Bild machen, wie verwickelt die Verhältnisse liegen, welche großen Summen auf dem Spiele stehen und welche schwere Aufgaben der Konkursverwaltung warten. Es handelt sich vor allem um die Frage, die in den letzten Wochen, ja vielleicht in den letzten Monaten in Beträgen von vielen Hunderttausenden gezahlten Gelder zur Konkurrenz zurückzuführen, ferner wird es darauf ankommen, dem Verbleib der unangehören Summen, die kurze Zeit vor dem Zusammenbruch durch die Hände der Frau Gertrud Kupfer und ihrer Vertrauensleute, sowie durch die Firma M. W. Kupfer gelaufen sind, nachzugehen und diejenigen Personen zu ermitteln, die aus den geschäftlichen Transaktionen der Frau M. Kupfer und der Firma M. W. Kupfer unberechtigtweise Vorteile gezogen haben. Es hat sich herausgestellt, daß der Betrieb von Lebensmitteln nur als ein Deckmantel für eine Reihe von effektiven Darlehensgeschäften benutzt wurde, so hat Frau Kupfer sich z. B. teils für sich, teils für die Firma M. W. Kupfer mit Millionenbeträgen an neugegründeten Gesellschaften beteiligt. Die Höhe der Verluste ist einzuwirken nicht zu übersehen; jedenfalls halten wir die in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit genannten Beträge, die sich angeblich bereits in der Konkursmasse befinden, für weit überschätzt. Die vielfach abgeschlossenen Darlehens- und Beteiligungsverträge sind derart verworren und verwickelt, daß umfangreiche Prozesse entstehen müssen, falls zwischen der Konkursmasse und den Gläubigern kein Vergleich zustande kommt. Der Gläubigerschutzverband erbietet sich, die Interessen der Gläubiger vor Gericht zu vertreten.

Bei einer Gaseplosion schwer verletzt wurden in der Nacht zum Mittwoch der Arbeiter Franz Friedel aus der Steinwegstraße 9 in Charlottenburg und seine Frau. Ohne daß sie es wußten, war in ihrer Küche der Gummischlauch der Gasleitung undicht geworden. Nachts um 4 Uhr standen beide zu gleicher Zeit auf und gingen abtunungslos mit dem offenen Licht, das sie im Schlafzimmer benutzt hatten, nach der Küche, während die Kinder weiter schliefen. Das Gas, das die Küche ganz gefüllt hatte, entzündete sich an der Flamme mit einem lauten Knall. Der Luftdruck war so stark, daß die Fensterhaken zertrümmert wurden. Friedel und seine Frau erlitten beide am Gesicht und an den Händen so schwere Verwundungen, daß sie mit einem Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus in Budow gebracht werden mußten. Die hilflosen Kinder wurden bei Verwandten untergebracht. Die Wohnung wurde geschloffen.

Einbrüche. Einem Betriebsleiter in der Dahmannstraße 49 in Charlottenburg wurden durch Wohnungseinbrecher für 10000 Mk. Schmuck- und Wertgegenstände entwendet. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Beschlagnahme von 5000 Mk. angesetzt worden. — Geschäftsbrecher haben in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg für 12000 Mk. Wästen, Mäntel, Kostüme usw., zwei goldene Brillantringe und eine goldene Ringfassung und außerdem 800 Mk. bares Geld, in der Leipziger Straße für 10000 Mk. weiße und farbige Wästen, in der Schützenhauser Allee für 800 Mk. Gitarren und andre Musikwerkzeuge.

Dreizehntägige Gemeinde. Sonntag, den 18. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17; Reutbahn, Udenkafino, Wehlstraße 8; Ober-Schönweide, Klarastraße 2, Prellstraße 10; Borstengasse 10; vormittags 10½ Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6, Borstengasse 10; Herrn Dr. Wille: Was bedeutet Weltanschauung? Gäste willkommen.

Druckfehlerberichtigung. In unserer Notiz unter der Epithete „Ergebene Witt“ in der Dienstagnummer muß es statt: „bei jedem 27. Kommissionsmitglied“ heißen: „bei jeder 27. Kommission“.

Aus der Partei.

Wahrheit und Dichtung!

Zu dem Artikel des Genossen Schrörs erhielten wir folgende Erklärungen:

Es hat lange gedauert, ehe Genosse Schrörs zu einer der schon am 30. Januar in der Versammlung des 12. Kreises gestellten Anfrage betreffs Beitragsperre sich äußert. Dort hat schon Genosse Pfand die Frage, die als öffentliches Geheimnis gilt, behandelt, aber keine Antwort erhalten.

Bei Fortsetzung der Versammlung schlug sich der Vorstand weiter aus. Endlich, am 13. Februar, versteht man sich zu einer Antwort.

Da der Vorstand sich also zweimal ausschloß, hat ich den Parteivorstand um eine kurze Klärung in dieser Frage.

Die lautet: Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß der ganze Bezirk Leipzig, also auch der 12. Kreis, für dieses Jahr, also vom 1. April 1916 ab, trotz Mahnungen, noch keinen Beitrag an die Partiekasse abgeliefert hat. Nach einem Briefe Schrörs soll dies auf die schlechten Finanzen in den Kreisen zurückzuführen sein.

Dieses Schreiben teilte ich der Versammlung mit, und sagte, die Beitragsperre bestehe hier schon lange, und damit stelle man sich außerhalb der Partei. Das trifft auf den 12. Kreis auch zu. Er wäre wohl in der Lage gewesen die 20 Prozent pflichtgemäß abzuführen, denn als ich im Jahre 1914 aus dem Vorstande schied, war ein für den 12. Kreis ansehnliches Vermögen in den Händen des Kassierers, das unmöglich im Jahre 1915/16 aufgebraucht sein kann.

Dieser Betrag, ich glaube es waren 14000 Mark, ist für die Zeit einer finanziellen Krise aufgespart worden, und ich glaube in seiner Zeit wäre es gerechtfertigt gewesen, daraus zu schöpfen und dem Parteivorstande das ihm gehörige zukommen zu lassen. Man tat es nicht! Warum nicht? Nur ein Narr fragt danach! C. Buchl.

1. Die Frage: Hat denn Genosse Spinski dem Parteivorstand die Flugblätter vor der Wahl in Burgen nicht zugestellt etc. etc., direkt erhält, was hätte es denn noch für einen Sinn, den Vorstand noch extra Flugblätter zuzustellen.

Mit der Bezeichnung: „Zwischenräger“ sagt man, daß jemand etwas zugestellt wird, was er nicht wissen soll. Die Bezeichnung: „Zwischenräger“ ist also eine unanständige Verdächtigung, die durch nichts unterstützt wird.

In der Fraktion war alles gespannt auf die Grundzüge, die Genosse Spinski im Wahlkampf anwenden würde, und alle Genossen waren nach Einsicht in die Flugblätter enttäuscht.

2. Die Materialsammlung. Ich muß dem Genossen Schrörs erwidern, daß ich schon seit 32 Jahren Material sammle von allen wichtigen Parteilaktionen. Und weiter teile ich mit, daß ich in den Redaktionen, die ich hier abgehalten, überall Material in Materialsammlungen gegeben habe. Und ich bedauere nur, daß nicht jeder Genosse eine Materialsammlung sich aneignet. Das Urteil würde oft bei neuen Streitfragen anders ausfallen. Und ist Genosse Schrörs nicht mit deshalb angefaßt und dafür bezahlt, daß er Material sammelt? Er verteilt ja das Material an die Redner in Leipzig. Seine Materialsammlung ist öffentlich, wer aber gegen die politische Auffassung Schrörs Material sammelt, das ist eine gemeine Handlung. Genosse Schrörs, Du bist ganz Bureaokrat geworden.

Vor einem Jahre teilte ich dem Genossen Pfand ein der Partei organisatorisch widriges Vorkommnis mit, Schrörs erkundigte sich ebenfalls danach, und beide Genossen bedankten sich für diese „Zwischenräger“. Jetzt dieselbe Handlung an mir, nur diesmal gegen die Tätigkeit des Genossen Schrörs und Spinski, deshalb ist es jetzt eine Gemeinheit in den Augen dieser Genossen. Von Objektivität zeigt diese Tätigkeit Schrörs nicht die geringste Spur. R. Pinkau.

Sympathieumgebungen für die Gleichheit.

Die immer wieder sich andeutenden Wellen der „Mehrfachheit“, die Gleichheit zu vergewaltigen und ihre tapferen Vertreter, die Genossen Zeitlin, zu mahren, haben unter den Genossinnen Deutschlands wie des deutschsprachigen Auslandes eine Wirkung gemacht, die den Herzen der Rumpfsitzungen wenig gefallen wird. So nahmen im Bezirk Niederzweyler Vertreterinnen der organisierten Genossinnen sämtlicher Wahlkreise mit 14 gegen 1 Stimme folgende Resolution zur Haltung der Gleichheit an:

Die Konferenz der sozialdemokratischen Frauen des Niederzweyler erklärt sich mit der Haltung der Gleichheit einverstanden, da diese stets in wahrhaft sozialistischem Sinne, getreu unseren Grundbegriffen geleitet wurde.

Die Konferenz gelobt, für die Verbreitung der Gleichheit mit allen Kräften einzutreten. Der Genossin Zeitlin sagt die Konferenz Dank für ihr entschlossenes und tapferes Verhalten. Die Konferenz weiß zu schätzen, was sie den Parteigenossinnen Deutschlands und der gesamten internationalen sozialistischen Frauenbewegung war und ist.

Die hierher gehörige Kundgebung der Frauen-Friedensversammlung zu Wien vom 21. Januar haben wir in unserer Nummer vom 3. Februar mitgeteilt.

Die „Vorkämpferin“, das Organ des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes, brachte in ihrer Nummer 2 vom 1. Februar eine Erklärung des Zentralvorstandes dieses Verbandes. Darin wird einleitend angeführt, daß der gefährliche Kampf gegen die Gleichheit geführt wird, weil sie dem Sozialismus treu geblieben, d. h. auch während des Krieges „diesem Grundbegriff vertritt, für deren Verbreitung unter dem Proletariat die Gleichheit vor 27 Jahren ins Leben gerufen wurde“. Der Kampf gegen sie dauert aber schon länger als der Krieg, schon vor August 1914, so heißt es weiter, „haben die Oppositionellen (von rechts) innerhalb der deutschen Sozialdemokratie die unangenehme Haltung der Gleichheit bekämpft und durch die an ihr geübte Kritik ihre Redakteurinnen, die Genossin Zeitlin, treffen wollen“. Die Erklärung würdigt so dann die Verdienste der Gleichheit, die sie das inhaltvolle, prinzipienreueste, bestgeeignete Blatt der internationalen Sozialdemokratie nennt, und in besonderen der Genossin Zeitlin, der internationalen Sekretärin der sozialistischen Frauen, eines der ersten Mitglieder der Internationale, die bei Kriegsausbruch gegen den Krieg protestierten und den Kampf gegen die Feinde im eigenen Lager aufnahm, um von der Internationale zu retten, was zu retten war. Die Sozialistinnen der Schweiz wissen sich eins mit dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt, wenn sie Klara Zeitlin ihre Solidarität ausdrücken, ihren Stolz, sie zu den Helden zählen zu dürfen. Zum Schluß drückt die Erklärung die Gewißheit aus, daß Genossin Klara Zeitlin ebensowenig wie durch Maßnahmen staatlicher Gewalt durch die Anrempelungen der „Mehrfachheit“ oder durch etwaige Maßnahmen des Parteivorstandes sich davon abhalten lassen werde, in der schwersten aller Zeiten weiter im Sinne des internationalen Sozialismus zu wirken. „Die sozialistische Fraueninternationale weiß, wenn sie ihre Fahne aufrecht hat.“

Ein interessanter Preßprozeß

Wurde jetzt vom Dresdener Schöffengericht, vor dem er etwa dreizehn Jahre schwebte, zum Abschluß gebracht. Am 15. April 1915 erschien in der Dresdener Volkszeitung eine Notiz, in der dem Gemeindevorstand Mehnert in Gainsberg, Besitzer einer Mühle und Brotfabrik, vorgeworfen wurde, er habe eine Bundesratsverordnung übertreten und sei deshalb vom Landgericht in Freiberg zu 750 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Als verantwortlicher Redakteur war auf jener Nummer Gen. Mehnert angegeben, der damals aber längere Zeit abwesend, also nicht in der Redaktion tätig war. Er hatte zwar die Änderung der Zeichnung beim

Weggang beim Verleger und Geschäftsführer nach § 7 des Preßgesetzes verlangt, so war aber aus Versehen unterblieben. Die Staatsanwaltschaft erhob Klage gegen Mehnert, der sich Mehnert als Nebenkläger anschloß. Nun stellte sich heraus, daß die fragliche Behauptung der Wahrheit nicht entsprach. Im ersten Termin wurden Vergleichsverhandlungen gemacht. Der Angeklagte erklärte sich bereit, eine mit der Würde des Redakteurs sich verträgliche Erklärung abzugeben, die Kosten tragen und eine Ruhe von 100 Mk. zu zahlen. Von der anderen Seite stellte man aber Forderungen auf, die der Angeklagte nicht eingehen wollte und konnte. Der Vergleich scheiterte. Ein neuer Termin wurde zum zweiten Male vertagt. Der Angeklagte lehnte nunmehr die Verantwortung für die falsche Behauptung ab, die er durch einen Reisespaß nachweisen konnte, unter Berufung auf § 20 des Preßgesetzes ab. Er sei drei Wochen verreist, und seit 8. April bis Ende April der Redaktion ferngeblieben. Er habe vorher erst mündlich und am Tage vor seiner Abreise noch einmal schriftlich den Verleger um Klärung der verantwortlichen Zeichnung erklart. Das wurde auch durch eideschwörende Zeugnisaussagen des Verlegers bestätigt.

Nach § 20 des Preßgesetzes ist der verantwortliche Redakteur straflos, wenn durch besondere Umstände seine Täterschaft ausgeschlossen wird. Die Anklage bezog sich aber nur auf § 21, nach dem Bestrafung eintritt, wenn dem Redakteur Fahrlässigkeit in der Erfüllung seiner Verantwortlichkeitspflicht nachzuweisen ist. Diese Fahrlässigkeit sollte darin liegen, daß der Angeklagte sich vor seiner Abreise nicht von der Richtigkeit der verantwortlichen Zeichnung überzeugt, und erst dann, nachdem sie tatsächlich vorgelegen, die Redaktion verlassen habe. Um diese Debatte wurde, wofür dem Angeklagten und seinem Rechtsanwalt mit der Gegenseite und dem Staatsanwalt heftig gestritten.

Nach längerer Verhandlung erkannte das Gericht auf Freisprechung. In der Begründung wurde gesagt, daß man von dem Angeklagten billigerweise nicht mehr verlangen konnte, als er zu einer ordnungsgemäßen Erledigung der Sache getan habe. Besonders habe man ihm nicht zumuten können, mit seiner Abreise zu warten, bis der Erfolg seiner Anordnung eingetreten sei. Sein Verhalten bezw. seine Straffreiheit sei durch das Gesetz völlig gedeckt.

Die Stellung der Organisationen.

Die Vertrauensleute des Wahlkreises Vennep-Kemnitzmann besprachen vor einigen Tagen die neuesten Vorgänge in der Partei. Die Vertrauensleute verurteilten einstimmig die Politik und die mit Eifer betriebene Spaltungsarbeit des Parteivorstandes und erklärten sich ebenso geschlossen für die Politik und die Haltung der Opposition. Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Genossen und Genossinnen des Wahlkreises Vennep-Kemnitzmann stehen nach wie vor auf dem Standpunkte der Opposition der Partei und werden, von diesem Standpunkte ausgehend, für die Grundzüge und die Interessen der Partei eintreten, wie bisher.

Sie billigen die auf der Reichskonferenz der Opposition zum Ausdruck gekommene Beurteilung der heutigen Parteizustände, sprechen dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß das Recht ab, den Ausschluß von Genossen aus der Partei zu vollziehen, und beharren sich vor, zur gegebenen Zeit dazu Stellung zu nehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

35 Prozent Lohnerhöhung in der Herren- und Anabenkonfektion.

Zwischen dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Maßschneiderrinnen, dem Gewerkschaftsverband der Schneider und dem christlichen Schneiderverband einerseits und dem Arbeitgeberverein der Herren- und Anabenkonfektion haben am 12. und 13. Februar in Berlin Tarifverhandlungen stattgefunden, die nachstehendes Ergebnis zeigten:

1. Auf den Gesamtsatz wird ab 1. April 1917 ein Zuschlag von 35 Prozent gezahlt.

2. Alle noch nicht geregelten Zeit-, Akkord- und Zeittöhne der Werkstattarbeiter werden zwischen den Ortsgruppen der beiderseitigen Verbände tariflich vereinbart.

3. Einer etwaigen Sechsensteigerung nach unten soll seitens der vertragsschließenden Parteien mit allen Mitteln entgegengewirkt werden.

4. Die aus dem Sechsensteil Entlassenen sollen wieder in derselben Serie beschäftigt werden, in der sie vorher gearbeitet haben.

5. Zur Beilegung aller aus dem Tarifvertrag etwa entstehenden Streitigkeiten wird ein Hauptschiedsgericht gebildet, das spätestens am 1. Juni 1917 in Kraft treten soll. Bis dahin entscheiden die örtlichen Vertrauenspersonen, eventuell unter Hinzuziehung eines Unparteiischen.

6. Die aus dem Sechsensteil zurückkehrenden Arbeitnehmer sollen bezuglich ihrer Entlohnung zeitgemäß aufgebeitert werden.

Zu bemerken ist, daß, solange die Streikungsverordnung vom 4. April 1916 besteht, die Lohnerhöhung 25 Prozent beträgt. Der Streikzuschlag beträgt 10 Prozent, für Zwischenmeister 7 Prozent; dazu kommen die 25 Prozent Erhöhung. Wenn die Streikungsverordnung fällt, tritt die allgemeine Erhöhung von 35 Prozent auch für Zwischenmeister in Kraft. Diese Vereinbarungen haben Gültigkeit bis ein Jahr nach Friedensschluß, von da an besteht beiderseitige viermonatige Kündigung. Die Vereinbarungen haben Gültigkeit für sämtliche Orte und Bezirke der Engros-Konfektion im ganzen Reich; auch dort, wo die Tarife nicht gekündigt sind, mit Ausnahme von Achsaffenburg. Der Arbeitgeberverband wird sich jedoch bemühen, daß die Ortsgruppe Achsaffenburg sich den Vereinbarungen anschließt.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Der Herr im Hause. Der Werkzeugmaschinenfabrikant Karl Paatz in Crotzsch beschäftigt 14 Lehrlinge, die, wie möglich ist, in ihrer Freizeit öfter als Altknaben treiben. Dafür aber bestrafte sie der Fabrikherr mit Ordnungsstrafen, die öfter höher waren, als gesetzlich zulässig ist. Er ist u. a. auch am 24. August 1915 vom Gewerbegericht verurteilt worden, einem Lehrling noch 87 Pfennige herauszugeben. Der Lehrling hatte den Arbeitersekretär Graf mit seiner Vertretung betraut und gegen ihn richtet sich der Vorwurf des Fabrikherrn ebenso wie gegen den Vater des Lehrlings, einen Eisenbahnbeamten. Als Paatz erfuhr, wer der Vertreter des Lehrlings war, sagte er: „Jetzt kann ich mir die Verleumdung erklaren, das ist man ja gewohnt von dieser Seite.“ Der Vater des Lehrlings beklagte Paatz darüber, daß er sagte: „Es ist etwas, der Kerl kommt wegen jedem Dreck zu mir gelaufen, bloß um zu stänkern. Ich habe aber keine Lust, mich unnötigerweise immer auf Gewerbegericht zittern zu lassen, ich verlange nun meine Zeit auch bezahlt.“ Und verlangte 800 Mk. Auch in einer Eingabe an das Versicherungsamt hatte Paatz die gleiche Beleidigung gegen den Vater des Lehrlings wiederholt. Ferner hat Paatz die vorgesehene Behörde des Vaters davon in Kenntnis gesetzt, daß er als Unzulässiger Beamter einen Sozialdemokraten mit seiner Vertretung beauftragt hatte. Ebenso regte sich Paatz vor dem Gewerbegericht darüber auf, daß der Arbeitersekretär die Sache des Lehrlings führte. Er fragte den Vorsitzenden, ob es zulässig sei, daß ein Unzulässiger Beamter durch einen Sozialdemokraten vertreten werde? Natürlich wurde Paatz zurechtgewiesen. Der Vorsitzende des Schöffengerichts verurteilte, Paatz zur Zurücknahme der Beleidigungen gegen den Vater des Lehrlings zu bewegen und eine freiwillige Buße an das Note Kreuz zu zahlen. Dazu aber konnte sich Paatz nicht aufschwingen. Er führte zu seiner

Entschuldigung an, er sei zuvertraut und zu jener Zeit besonders aufgeregt über den Tod seines im Felde gefallenen Sohnes gewesen. Wohl er aber nicht mehr also gegen Paatz ein Urteil gefällt werden. Es lautete auf 200 Mk. Geldstrafe. Da Herr Paatz mit der Ehre anderer so leichtfertig umgeht und seiner Verleumdung zugänglich ist, so wäre es angebracht, wenn er auch noch von dem Arbeitersekretär zur Verantwortung gezogen würde, zumal Paatz selbst noch im gestrigen Termin den Arbeitersekretär Graf vor dessen Vernehmung dadurch beleidigte, daß er erklärte: „Alles, was er über meinen Betrieb sagt, erkläre ich für erfunden.“ Im weiteren Verlauf der Verhandlung versieg er sich zu der Bemerkung: „Der Zeuge Graf ist unmöglich ein Landwürger.“ Als der Vorsitzende Paatz erfuhr, vorsichtig zu sein, und ihn darauf hinwies, daß Graf seine Angaben doch bezeugen habe, bemerkte Paatz: „Ja, er hat geschworen, aber...“ und er pulste wegwerfend. Nach unserer Meinung muß solchen Herren deutlich gemacht werden, daß sie auch die Ehre von Sozialdemokraten nicht strafflos antasten dürfen.

Deutschland.

Der Reichstagsabgeordnete Roland-Rüke ist in Heidelberg in der Nacht zum Mittwoch im Alter von 62 Jahren gestorben. Der Verstorbene vertrat als Nationalliberaler im Reichstago den Wahlkreis Neckenburg-Streilich.

Ein Eisenbahnerwahlfonds. Der Verband deutscher Eisenbahner-Handwerker und -Arbeiter hat auf einer in den letzten Tagen in Berlin abgehaltenen Versammlung beschlossen, den Betrag von 20 000 Mk. aus der Verbandskasse einem Wahlfonds der Eisenbahner zu überweisen, der noch weiter verstärkt werden soll durch besondere Beiträge der Mitglieder. Der Wahlfonds soll dazu dienen, den Eisenbahnern die Möglichkeit zu bieten, bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen entscheidend eingreifen zu können. Für diese Tätigkeit ist außerdem ein besonderer Propaganda-Ausschuß eingesetzt worden.

Ein preussischer Staatskommissar für Volksernährung. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die auf dem Gebiete der Volksernährung während des Krieges errichteten oder noch zu errichtenden Landesstellen (Landesgerichtsrat, Landesfleischamt ufm.) der Leitung eines besonderen Staatskommissars zu unterstellen. Nach einer Mitteilung des Berliner Lokalanzeigers ist für dieses Amt der Unterstaatssekretär Reichels, der Leiter der Reichsgesundheitsstelle, in Aussicht genommen worden.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Von der Schweizer Grenze, 10. Februar. Der Schweizer Preßtelegraph meldet: Am Mittwoch ereignete sich bei Serquency (in Seine Inférieure) auf der Linie der Nordbahn ein furchtbares Eisenbahnunglück. Bis jetzt ist nur bekannt, daß die Zahl der Toten 23 beträgt.

Mittwoch, nachts 3 Uhr, stieß im Bahnhof Prinay bei Troyes der von Vitry le François kommende Expresszug mit einem im Bahnhof stehenden Zug zusammen. Zwei Personen sind getötet, 25 verwundet. (Bl. Ztg.)

Briefkasten der Redaktion.

R. S. Mitten Sie eine Anfrage an den Direktor der staatlichen Gartenbauschule, Hofrat Prof. Dr. John, Brüderstr. 34, II. R. St. Bezeichnung der Rasenfläche ohne wesentliche Beeinträchtigung der Nutzung; Kriegserwendungsfläche.

J. A. Vindau. L 18: Chronisches Nervenseiden milderer Art.

G. R. Ein Anspruch besteht nicht; doch kann eine solche Beihilfe im Bedarfsfalle gewährt werden. Der Antrag ist beim Kriegserntestützungsamt anzubringen.

J. S. L. 100. Während des Arbeitsurlaubes besteht Anspruch weder auf Wohnung noch Bekleidung; an ihre Stelle tritt der Arbeitslohn.

M. M. 01. Nachgewiesene dauernde Nachblindheit macht überhaupt Kriegsdienstunfähig; doch kommt unter Umständen der Dienst ohne Waffe als Arbeitssoldat, besonders im eigenen Berufe, in Frage.

Unkunft in Rechtsfragen.

R. S. 28. 1. Das Hilfsdienstgesetz steht einem Wohnungswechsel nicht entgegen; auch nicht, wenn es sich um ein Ueberschreiten der Gemeindegrenze handelt. 2. Sie können sich die Unterstützung an den neuen Wohnort überweisen lassen.

M. 100. 1. Am ersten Werktage des neuen Quartals; 2. ebenso.

D. J. Die Beschwerde ist an das Regimentskommando zu richten.

H. Gauß. Das Verlangen auf Herausgabe des Beschenkten ist unbegründet.

Abonnent R. S. 107. Solche allgemeine Regeln kommen nicht in Betracht; die Bedürfnisfrage ist nach allen übrigen genau zu prüfenden Verhältnissen, bei denen auch Schuldpflichten zu berücksichtigen sind, zu beantworten.

Ämliche Bekanntmachungen.

Wert der Sonder-Nahrungsmittelkarte für Schwerarbeiter.

Vom 20. Februar 1917 an dürfen bis auf weiteres abgegeben und entnommen werden:

1. Auf die rechte Hälfte der Sonder-Nahrungsmittelkarte, die den roten Buchstaben S trägt, 1/2 Pfund Roggenbrot, 2. Auf die linke Hälfte der Sonder-Nahrungsmittelkarte, die den schwarzen Buchstaben S trägt, 250 Gramm Kartoffelflocken.

Der Preis der Kartoffelflocken beträgt 25 Pfg. für 250 Gramm. Die Kartoffelflocken sind bis Sonnabend jeder Woche in den Kartoffelgeschäften vorher anzumelden.

Die Bestimmungen der Bekanntmachungen über den Verkehr mit Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1916 und über die Regelung des Verkehrs mit inländischem Brotgetreide vom 20. August 1916 finden Anwendung.

Leipzig, den 16. Februar 1917.

Kr.-E.-A. IV. Der Rat der Stadt Leipzig.

Den versorgungsberechtigten Personen werden vom 20. Februar an bis auf weiteres in dem Geschäft, in dem sie ihre Kartoffeln bestellt haben, für jede abgegebene Kartoffelkarte 1 Pfund Kartoffeln und an Stelle von weiteren 2 Pfund Kartoffeln 1/2 Pfund Kartoffelflocken gewährt. Die Kartoffeln werden auf die linke Hälfte der Kartoffelkarte mit dem schwarzen Buchstaben und der schwarzen Ziffer, die Kartoffelflocken auf die rechte Hälfte der Kartoffelkarte mit dem roten Buchstaben und der roten Ziffer abgegeben. Der Preis der Kartoffelflocken beträgt 25 Pfennig für 1/2 Pfund.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung über den Verkehr von Speisekartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1916 finden Anwendung.

Leipzig, den 16. Februar 1917.

Kr.-E.-A. IV. Der Rat der Stadt Leipzig.

Ekkehard.

38] Historischer Roman von Joseph Victor von Scheffel.

Praxedis war zu ihm herangekommen. Warum hast du mich nicht auch ein Andenken aus der Schlacht mitgebracht. Professor? sprach sie leicht. Es soll eine sonderbare hummische Krone drin herumgetrieben haben, so ihr die gefangen, hätten wir jetzt ein Fürlein.

Ekkehard hat an Höheres zu denken, als an hummische Krone, sprach die Herzogin in bitterem Ton, und er weiß zu schweigen wie einer, der ein Gelübde getan. Was brauchen wir zu erfahren, wie es ihm in der Schlacht erging?

Die schneidige Rede kränkte den Ernsten. — Scherz zu unrechter Zeit wirkt wie Eßig auf Honiglein. Er ging schweigend hinaus, holte Herrn Burkharths Schwert, entblühte es seiner Scheide und warf es unwillig auf den Tisch vor Frau Hadwig. Frischrote Nerven glänzten feucht auf der braven Klinge und junge Scharpen waren in den Hand gesehen. Ob der Schulmeister müßig ging, sprach er, mag der da bezeugen! Ich hab meine Junge nicht zum Herold meiner Tat ermaunt.

Die Herzogin war betroffen. Sie trug noch einen Mißmut auf dem Herzen, es suchte und drängte, ihm zürnende Lust zu schaffen — aber das Schwert Herrn Burkharths weckte mannigfache Gedanken, sie hielt den Groll an sich und reichte Ekkehard die Hand. Ich wollt' Euch nicht kränken, sprach sie.

Die Milde der Stimme klang ihm vorwurfsvoll, er ärgerte, die bargebotene Rechte zu ergreifen. Schier hätte er um Verzeihung gebeten für seine Unruhe, aber das Wort stockte ihm; — da ging die Linde des Saales auf, es ward ihm alles Weitere erspart.

Hadamoth, das Hirtenkind, trat ein. Schlichtern stand sie am Eingang, übermäßig und verweint das Antlitz; sie geirrete sich nicht zu reden.

Was hast du, arm Kind? rief Frau Hadwig. Komm näher! Da ging die Dirin vorwärts. Sie lächelte der Herzogin Dank. Da erlahmte Ekkehard, dessen geistlich Gewand ihr Schen einflüßte, sie wagte sich auch ihm, seine Hand zu küssen, sie wollte reden, Schlingens hemmte ihre Stimme.

Nicht dich nicht, sprach die Herzogin tröstend. Da fand sie Worte.

Ich kann die Gänse nimmer hüten, sprach sie, ich muß fortgehen. Du sollst mir ein Goldstück schenken, so groß du eines hast. Wenn ich wieder heimkomm, will ich zeitweilig dafür schaffen. Ich kann nichts dafür, daß ich fort muß.

Warum willst du fort, Kind? fragte die Herzogin, haben sie dir was Leid getan?

Er ist nicht mehr heimgekommen.

Es sind viele nicht mehr heimgekommen; darum mußt du nicht fort. Die draußen blieben, sind bei Gott im Himmel und sind in einem schönen lustigen Garten und wohnhaft und habens besser denn wir.

Aber das Hirtenkind schüttelte sein junges Haupt. Audifax ist nicht bei Gott, sprach er, ist bei den Hunnen. Ich hab nach ihm geschaut drinnen im Feld, er war nicht bei den toten Männern, und des Kohlenbrenners Bub von Hohenstöffeln, der auch mit den Schützen zog, hats gesehen, wie ihn einer, hing ... Ich muß ihn dort holen, es läßt mir keine Ruh mehr.

Wo willst du ihn holen?

Das weiß ich nicht. Ich will gehen, wo die andern hingekommen sind, die Welt ist groß, am Ende sind ich ihn doch, das weiß ich. Das Goldstück, das du mir schenken sollst, will ich den Hunnen geben und sagen: Laßt mir den Audifax frei; und wenn ich ihn hab, kommen wir beide heim.

Frau Hadwig hatte ihr Wohlgefallen am Außerordentlichen. Von diesem Kind mögen wir alle lernen! sprach sie, hob die kleine Hadumoth zu sich empor und küßte sie auf die Stirn. Mit dir ist Gott, darum sind deine Gedanken groß und klug und du weicht nicht darum. Wer hat ein Goldstück von euch bei der Hand?

Der von Randegg nestelte eins herfür. Es war ein großer Goldtaler, und war der Kaiser Karl darauf geprägt mit einem grimmen Antlitz und arh offenen Schlingen, und auf der Rückseite war ein gekrönt Frauenbild zu schauen und eine Schrift. Es ist mein letzter! sprach der Randegger lachend zu Praxedis. Die Herzogin gab ihm dem Kind: Reuch aus im Herrn, es ist eine Fügung.

Es war ihnen feierlich zumute und Ekkehard legte seine Hände auf Hadumoths Haupt wie zum Segen.

Ich dank euch! sprach sie und wollte gehen. Noch einmal wandte sie sich um: Wenn sie mir aber den Audifax für das eine Goldstück nicht herausgeben?

Dann schenkt ich dir ein zweites, sagte die Herzogin.

Da ging das Kind zurechtlich von dannen.

Und Hadumoth zog in die unbekannte Welt hinaus, das Goldstück in Mieder eingeknäht, die Hirtenlunge mit Brot gefüllt; — den Stab hatte ihr Audifax einst aus dunstgrüner Siechpalme geschnitten. Ob Weg und Steg ihr unbekannt, ob Speise und Obdach zweifelhaft, darum hatte sie nicht Zeit, sich zu kümmern. Die Hunnen sind gegen Sonnenuntergang gezogen und haben ihn mitgenommen, das war ihr einziger Denker, der Lauf des Rheins und der Sonne Untergang ihr Wegweiser, Audifax ihr Ziel.

Müßig ward ihr die Gegend fremd. Ferner und schmaler glänzte der Bodensee vor ihrem Blick, neue Berggipfel schoben sich vor und verdeckten ihr die gewohnten stolzen Formen des heimatischen Jenseits; da schaute sie eiliche Male zurück. Noch einmal lugte die Kruppe des Hohenstiefel mit Turm und Mauer und Zinnen zu ihr herüber, vor blankem Duft umzogen, dann schwand sie. Ein unbekanntes Tal tat sich auf, weite schwarze Tannwälder zogen sich darüber hin, mehrere Dörfer mit tief herabhängenden Strohdächern lagen versteckt im Waldesbunzel — unverzagt ging Hadumoth weiter und winkte den Segener Bergen den letzten Gruß an.

Wie die Sonne jenseits der Wälder zur Ruhe gegangen war, hielt sie eine Weile: Jetzt lünten sie zu Hause den Abendsegen, sprach sie, ich will beten. Und sie kniete in der Vergeimlichkeit und betete, erst für Audifax, dann für die Herzogin, dann für sich — und alles war still ringsum. Sie hörte nur ihr eigen pochend Herz.

Wie wird's meinen Gänsen ergehen? dachte sie beim Aufstehen: jetzt ist die Stunde, sie einzutreiben. Dann trat wieder Audifax vor ihre Seele, an dessen Seite sie so oft von der Weide zu Berg gefahren, und sie ging schneller.

In den Meierhöfen im Tal rührte sich niemand. Nur vor einer Strohdachhütte sah ein altes Weib. Du sollst mich heut nacht bei dir behalten, Großmutter, sprach Hadumoth zutraulich. Die gab ihr keine Antwort, doch ein Zeichen, daß sie bleiben könne. Sie war taub und alleine zurückgeblieben, die Männer fort ins höhere Gebirg, der Hunnen wegen.

Aber vor Tagesgrauen war Hadumoth wieder unterwegs. Und sie ging durch lange, lange Wälder, drin wollte es kein Ende nehmen mit Tannen und war das erste laulose Wehen des Frühling im Walde, die ersten Blumen streckten ihre Köpfe aus dem Moos herfür, die ersten Käfer flogen leise summend drüber, und ein Darsgeruch, kräftig und anmutend, zog wehend herum, als wär er ein Wehrauch, den die Tannen der Sonne hinaufschickten zum Dank für alles, was sie zu ihren Höhen lustig hervorgetrieben.

Der Hirtin geteilt nicht. Hier ist zu schön, sprach sie, hier können die Hunnen nicht sein.

Sie lenkte ihren Schritt vom Gebirg abwärts und kam auf einen Platz, da war der Wald licht und weite Umfassen. Tief unten in der Ferne floss der Rhein gekrümmt gleich einer Schlange, eingeklemmt zwischen doppelter Strömung trug eine Insel viel stattliche Mauern wie von Kirche und Kloster, der Hirtin schartes Auge sah, daß das Mauerwerk geschwärtzt und fleckig war und kein Dach mehr trug. Eine blaue Rauchwolke stand unbeweglich drüber.

Wie ist hier geheißen? fragte sie einen Mann, der aus dem Walde kam.

Schwarzwald! sagte der Mann.

Und drüben?

Melnan.

Die Hunnen sind drüben gewesen? Vor gestern.

Wo jetzt?

Der Mann hatte sich auf seinen Stab gestemmt und schaute das Kind scharf an. Er deutete rheinabwärts. Warum? fragte er.

Ich will zu ihnen. — Er hob seinen Stab und ging seines Weges weiter. Dilliger Hintan, bitt' für uns! rief er im Fortgehen.

Und wiederum schritt Hadumoth unverdrossen weiter. Sie hatte von der Höhe erkannt, daß der Rhein in großem Bogen vorwärts strömte; da ging sie quer über das Gebirg, den Hunnen einen Vorprung abzugewinnen, und war zwei Tage unterwegs, die Nacht im Walde auf Moos gebettet, und sahler keinen Menschen begegnet. Aber viel wilde Talsschluchten traf sie und rinnend Gewässer und alte Stämme, die der Sturmwind gefällt; am Plage, wo sie sonst ihre Wipfel hoch gen Himmel gerückt, saulten sie und leuchteten grauweiß unheimlich im Dunkel. Sie ließ den Mut nicht.

Das Gebirg ward milder feil und flachte sich zu einer Hochebene ab, da trich oft rauher Nulzbug drüber und Schnee lag in den Talmulden; sie ging weiter.

Das letzte Stück Brot war verzehrt, da kam sie auf einen Bergkamm und sah wieder den Rhein in der Ferne. Jetzt wollte sie dem entgegen; aber wie ein Riß im Erdreich tat sich eine enge Kluft diesseits des Berges auf, ein Waldstrom schäumte in der Tiefe. Junger Schuß von Ständen und Brombeer und dornigem Gestrüpp hielt den Abhang dicht besetzt; sie bogte sich einen Weg durch. Es kostete Mühe und Schwweiß, die Sonne stand hoch am Himmel, die Dornen rissen am Gewand. Wenn der Fuß unwillig still stehen wollte, sprach sie: Audifax! und hob ihn vorwärts.

Jetzt war sie unten, zu Füßen dunkler Felswände. Das Wildwasser hatte sich Bahn durch sie gebrochen und stürzte in klarem Fall drüber weg; die verwitterten Steine glänzten im Wasserdunst, röthliches Moos hatte sich dran festgesetzt wie eine Verpodung; die Felslecke hinauf und drante wechselnd drüber hin, bis sie wenig Schritte davon in tiefen durchschlugem Becken still hielt und andrante, wie ein müder Mann, der sich und seines Lebens Tollheit klar beschauen will. Leppige Pflanzen mit großen Blättern sprühten auf; der Wasserstrom funkelte in farbigen Tautropfen drin. Mangelgeste Ribellen flogen auf und ab, als wären sie die Geister verstorbenen Elfen. (Fortsetzung folgt.)

Die letzte Sponzschlacht und ihr Ergebnis.

Anfangs Februar.

Vom Mai 1915 bis zum Spätsommer 1916 haben die Italiener den Verteidigern unserer Mittelländischen Front fünf große Schlachten geliefert, deren Ergebnis man, wenn man die Erfolge an den Opfern misst, als schwere Niederlage bezeichnen muß. Italienische Mühseligkeit hat das zwar nie gelten lassen, aber die Sache ist völlig klar. Die Verteidigungsschlachten haben ein andres Gesicht als Begegnungsschlachten, und der Verteidiger steigt oben, indem er sich auf seinem Platz besannet. Man kann von ihm nicht verlangen, daß er den an Streiterzahl und Kampfmitteln weit überlegenen Gegner auch noch zwingt, das Feld zu räumen, wie denn andererseits ein verhalten überlegener Angreifer sich erst dann mit Fuß den Sieg zuschreiben darf, wenn es ihm gelingt, die gegnerische Front völlig aus den Angeln zu heben und sich freie Bahn zu schaffen — wenigstens bis zu den nächsten Zielen. Das ist den Italienern bis heute nicht geglückt, und daher sind die Erfolge ihrer letzten Anstrengungen, die ihren Angriffsvorbereitungen eine alles Bergangene überbietende Intensität und materielle Wucht gaben, durchaus problematisch. Die eberne Pforte, die ihnen den Weg nach Triest verarmmelt, ist fester denn je in ihren Angeln, und die Einbeulungen, die sie erlitten hat, erweisen nur die moralische Zähligkeit des Widerstands.

Wie gering die Aussicht der Italiener ist, diesen elastischen Widerstand zu zerbrechen, erhebt am deutlichsten aus dem Verlauf der beiden letzten großen Herbstschlachten im Oktober und November. Der italienische Angriff zeigte in diesen riesenhaften Kämpfen ganz den Stil und die Methode der französisch-englischen Sommeroffensive, der Wille zum vollständigen Sieg gab sich nicht bloß in der energischen Sprache der Befehle kund, sondern auch in den besonders forschsichtigen Maßnahmen zur Vorbereitung der Aktion. Bisher war es den Italienern niemals gelungen, unsere wichtige Führung über ihre Abflüßten und insbesondere über den Zeitpunkt bevorstehender Angriffe zu täuschen, diesmal aber hatten sie die Geheimhaltung in ein System von Verleumdungen gebracht, durch deren dichtes Gewebe keine wertvollen Nachrichten zu den untrigen Schlipfen konnten. Früher hatte sich jeder Angriff schon vorher durch das Erscheinen von Ueberläufern angekündigt, die sich der bevorstehenden Todesgefahr durch Beschreibung entzogen. Im Oktober und November blieben aber diese Vorboten jeder italienischen Offensive völlig aus, denn ehe das Donnerrollen der Artillerie begann, wüßte auch in den jenseitigen Schützengraben niemand, was bevorstehe. Erst unmittelbar vorher waren die Kompagnie- und Zugkommandanten verständigt worden, die Mannschaft aber erfuhr erst, was los sei, als die Sturmkolonnen geordnet wurden. Um sie zu täuschen, hatte man bei allen Frontregimentern verbreitet, daß sie demnächst abgelöst und in Reserve gezogen würden. Auch die anmarschierenden Verstärkungen glaubten bloß an Abflüßungen in den Frontbereich vorzurücken. Um die Truppen vollends einzuschließen, verlaubte man, daß am 1. November die Winterurlaube beginnen würden. Die Stachen hinter der Front boten bei Tag nur das normale Bild; jede Bewegung, die sich der Aufmerksamkeit unserer Beobachter entziehen sollte, erfolgte bei Nacht.

So sein gelippen nun auch das Gewebe des Vorhangs war, so konnte sich das, was hinter ihm vorging, doch nicht ganz den wachsamem Späherblicken unserer Beobachter entziehen. Zu dicht waren die Massen, die die Italiener auf den Sammelplätzen des Plateaus und im Raltone-Tal zusammenstauten, als daß man sie in völliger Verborgenheit hätte halten können. Besonders auffallend war die plötzliche Verlegung ausgedehnter Zeltdlager ins Bollwerk, das unmittelbar hinter der italienischen Front lag. Jedenfalls waren die Untrigen auf der Hut und bereit, den Feind, wie stark er auch sei, würdig zu empfangen. Er war sehr stark. Die dritte italienische Armee hat in den beiden letzten Sponz-Schlachten im Raum zwischen Trippach und dem Meer nicht weniger als 17 Divisionen gegen unsere Front losrennen lassen. Die Vorbereitung des Angriffs besorgten fast 2000 Geschütze aller Kaliber, dazu viele Hunderte von neuartigen Minenwerfern, die die Wirkungen des Trommelfeuers der Artillerie in mörderischer Weise ergänzten. Die letzte Schlacht währte vom

9. bis 12. Oktober. Die Wucht des italienischen Angriffs verteilte sich gleichmäßig über das ganze Plateau. Es war zweifellos völlige Zerschmetterung unserer Front durch allgemein überraschenden Angriff (Attacco travolgente) und Durchbrechung sämtlicher Verteidigungslinien in einem Zuge beabsichtigt. Die Angriffskolonnen waren auf das sorgfältigste instruiert. Jede Welle der Sturmtruppen erhielt noch eine besondere Funktion für den Nahkampf. In der ersten Welle waren die Handgranatenwerfer eingestellt, in die zweite Welle die Flammenwerfer, die dritte war mit Schutzhelmen versehen, mit der vierten gingen die Torpedowerfer usw. Die einzelnen Wellen sollten in Abständen von 50 Schritten folgen. Die Post der Angriffswellen schwankte bei den einzelnen Brigaden zwischen sechs und vierundzwanzig. Viele Unteroffiziere wurden mit Handgranaten betraut, deren Quaden die Angreifer in eine dicke Welle stießen und unsichtbar machen sollte wie eine Tarnkappe. Damit sich unsere Truppen auch noch über den Zeitpunkt des Sturmbeginns täuschen, wurde das Trommelfeuern nicht fah eingestellt, sondern in den Nachbarschaften der vorbestimmten Eindringstellen verdrückt, so daß die in den Ravennens des Angriffs harrenden Verteidiger nicht sofort merken konnten, daß vor ihrer Front bereits der Infanterieangriff im Gange ist. So mußte denn auf der ganzen Linie der Kampf den Charakter eines wilden Ringens annehmen, das sich fast überall außerhalb der Stellungen auf dem feinsten, von messerscharfen Feldkrissen durchlöchernten Karstboden abspielte. Nahkämpfe gegen mehrfache Uebermacht waren die Regel. Freilich kam da unsere Truppen das Sperrefeuer unserer Artillerie zu Hilfe, das allerorten rechtzeitig einsetzte und namentlich die hinteren Wellen der italienischen Sturmkolonnen sowie die Reserven arg lichtete. Es hatte die Wirkung, daß der Angreifer, nachdem er unsere erste Linie überzogen hatte, bald ins Stutzen geriet und ermüdete. Die Verbände gerieten allmählich völlig durcheinander, und die formlosen Massen mußten, ehe sie weiter konnten, neu geordnet werden. Diese Verzögerungen gaben unsen rasch vorgezogenen Reserven immer wieder die Gelegenheit, den wohl unermüdet weit überlegenen, aber erschütterten und außer Rand und Band geratenen Feind nach kurzem Feuerkampf mit wuchtigem Anprall zurückzuwerfen. Der ganze Südbereich der Karstfront wurde auf diese Weise im Gegenangriff wieder gewonnen. Manche Gräben wechselten dort mehrmals den Besitzer, bis sie schließlich doch in unserm Besitz blieben. Nur der Weiler Nova das verblieb dort in den Händen der Italiener, dagegen war alle ihre Mühe vergebens; die Côte 144, deren Kammlinie einen Monat vorher dem Druck von acht italienischen Regimentern hatte preisgegeben werden müssen, vollständig in ihre Gewalt zu bekommen. Ebenso scheiterten alle Angriffe der italienischen Sturmbrigade Catanzaro, der man eigens die schwierige Aufgabe zugewiesen hatte, die Côte 208 zu gewinnen. Raumgewinn erzielte der Feind nur im Nordabschnitt des Plateaus, wo es ihm gelang, Verzia zu nehmen und auch den linken Flügel des dort kämpfenden Korps um 2 bis 3 Kilometer zurückzudrücken. Die Drefse, die dadurch in unserer Front entstand, schloß sich, noch ehe der Angriff der Brigaden Mantua und Allessandria, die nun unsern Südbereich von Novi Vog her aufrollen konnten, in Gang kam. Abflüßnell warf sich das Landwehrregiment Nr. 3 in die Lücke und trieb mit vehementem Angriff den Feind weit zurück. Am 11. und 12. Oktober tobte die Schlacht weiter, aber die Italiener gewannen nun keinen Zoll Boden mehr und stellten am Abend des 12. den Kampf ein.

Nicht für lange Zeit. Denn schon am 31. Oktober setzte das Trommelfeuern ein, das bis zum 2. November während neun Tage Sponzschlacht einleitete. Auch diesmal wurde die ganze Karstfront mit gleicher Heftigkeit angegriffen, besonders starke Kräfte aber wurden gegen den Abschnitt von Kostanjevica angelegt. Das nächste Ziel war für den italienischen Angriff die Einnahme der Kuppen-Belti Orbach und Fajti Orb im nördlichen Höhenzuge, der nach ihrer Meinung das Rückgrat unserer Karststellung bildet. Die wirklichen Absichten gingen aber weiter. Gesagene Offiziere sagten: Diesmal ist einer Widerstand wirklich vergebens. So schnell könnt ihr und gar nicht wegbringen, daß wir nicht morgen schon befreit sind. Bergeshöhe Mühe, sehr noch Triest halten zu wollen. Tatsächlich waren gegenüber einem unserer Korps auf engstem Raum nicht weniger als 18 Brigaden zusammengestellt, wovon 12 das erste und 6 das zweite Treffen bildeten. (Die Brigade Nosta war noch im Anmarsch.)

Am 31. Oktober willtete das Trommelfeuern Tag und Nacht. Nachts wurde es auf unsere zweite Linie gerichtet. Als am 1. November um 11 Uhr der Angriff begann, konnten die Brigaden Napoli und Pinesolo, die den Belti Orbach und Fajti Orb erklimmen sollten, offene Tränen einrennen, denn die völlig zerföhrenen Stellungen auf den beiden Kuppen konnten von den dort befindlichen schwachen Kräften nicht lange gehalten werden. Dagegen hatten weiter südlich insbesondere die Brigaden Toscana, Lombardia, erste Bersaglieri-Spezialbrigade, Trapani und Ferrara die ganze Zähligkeit des Widerstands der Verteidiger auszuhalten. Nur bis in die Nähe des Belts von Kostanjevica konnten sie sich mit schwerster Mühe vorarbeiten, dann brachen alle weiteren Angriffe unter dem Eisenhagel des Sperrefeuers zusammen. Vergebens wurde die Masse von den hinten nachrückenden Wellen vorwärtsgehoben, die entgegenprasselnden Geschosse bremsten die Bewegung immer wieder ab. Vergebens hatte sich ein Bersaglieri-Regiment in nicht weniger als 24 Wellen zum Angriff gestaffelt; es kam nach Ueberrennung der ersten Linie nicht mehr vom Fied, ebensowenig wie die Brigade Toscana, die in Wellenkolonnen mit je zwei Bataillonen nebeneinander vorrückte.

Immerhin hatten die Italiener am Abend des 1. November einigen Raumgewinn zu verzeichnen; es war ihnen geglückt, zwischen Novi Vog und dem Karstrand unsere Front in der Tiefe von höchstens 2 Kilometer einzubucken. Der rechte Flügel unfres Südbereichs mußte insolge dessen auch ein klein wenig zurückgehoben werden. Das geschah aber ohne feindlichen Druck; denn südlich von Novi Vog hatten die Italiener am 1. November trotz wüthender Angriffe nicht den geringsten Erfolg erzielen können. Die Brigade Catanzaro, die bis Selo hätte vorbringen sollen, mußte sich begnügen, von der geräumten Côte 208 Besitz zu ergreifen, um sich dort von den schweren Verlusten zu erholen, die sie sich beim Sturm auf Ramiano zugezogen hatte. Dieser überrennende Angriff war nach anfänglichem Erfolg schwer mißglückt. Wohl gelang es den Italienern, in unsere vorbeste Linie, die sich über die Côte 175 zieht, einzudringen und dann in einem Anlauf bis nach Ramiano, das einen Kilometer hinter unserer Front liegt, vorzudringen. Dann mußten sie aber, nachdem sie alle Schreden unfres Sperrefeuers durchgehagelt hatten, dem Gegenstoß eines einzigen Bataillons weichen, das sie bis in ihre Ausgangsstellungen zurücktrieb.

Am Abend des 1. November war der italienische Angriff an den Rand seines Erfolgs gekommen, und der spärliche Raumgewinn ließ sich an den folgenden zwei Schachtagen auch nicht um Quarebreite erweitern. Das Ergebnis der Schlacht war die heutige Situation, und die ist für den Feind nicht besonders günstig; denn der Raumgewinn hat weiter nichts zur Folge gehabt, als daß nun ein beträchtliches Stück der italienischen Front von der untrigen flankierend umfaßt ist. Opfer hat dieses Ergebnis genug gekostet; denn bloß in der Novemberhälfte hat die dritte italienische Armee nach nichternem Schätzungen, die von den übertreibenden Gefangenenangaben ganz absehen, bis 20 Prozent ihres Gefechtsstands eingebüßt. (Rf.) Hugo Schulz, Kriegsberichterstatter